

Generalsekretär Peter Hintze:

Mit aller Entschiedenheit den braunen Ungeist bannen

Anlässlich einer Pressekonferenz zum
Thema Rechtsextremismus am 19. Oktober
erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Über die Nachrichten sind wir am Wochenende wieder Zeugen brutaler Gewalt von rechtsextremistischen Jugendlichen gegen Ausländer geworden. Niemals dürfen wir uns an die allabendlichen Bilder des rechten Terrors gewöhnen. Wir müssen den bösen Anfängen entschieden wehren. Unsere Demokratie muß jetzt mit aller Entschiedenheit den braunen Ungeist bannen. Dazu gehört:

- konsequenter Schutz der von Übergriffen und Gewalttaten bedrohten Menschen,
- eine entschiedene Verfolgung und harte Bestrafung der Gewalttäter,
- die Aufstellung von Sondereinheiten der Polizei gegen diese spezielle Form der Kriminalität,
- die Überprüfung der einschlägigen Gesetze auf ihre Wirksamkeit gegen diese spezielle Form des Terrors.

Die CDU fordert daher die Verschärfung des Straftatbestandes des Landfriedensbruchs und befürwortet eine Änderung des Haftrechts, die es ermöglicht, dringend verdächtige Wiederholungstäter in Untersuchungshaft zu nehmen. Ihr verstärktes Augenmerk müssen auch die Verfassungsschutzbehörden in den alten wie in den neuen Bundesländern auf rechtsextremistische Bestrebungen richten. — (Forts. auf S. 2)

HEUTE AKTUELL

● Extremismus

Inhaltliche Verwandtschaft der REP mit Rechtsextremen unübersehbar. Auszüge aus einer Studie der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Seite 3

● Asylpolitik

Es ist höchste Zeit: Den Mißbrauch des Asylrechts endlich abstellen. Seite 10

● Grundsatzprogramm

Unser Ziel ist die Vollendung der Politischen Union. Seite 17

● Frauenpolitik

Mehr Gerechtigkeit für Frauen in der Arbeitswelt. Seite 20

● Medien

Angela Merkel: Gewaltdarstellungen im Fernsehen sind fatale Vorbilder für Kinder. Seite 28

● Baden-Württemberg

Ministerpräsident Erwin Teufel: Wir sagen Ja zur Integration Europas. Seite 31

● Brandenburg

Landesparteitag in Lauchhammer: Klare und deutliche Alternativen zur Politik der Landesregierung. Seite 32

(Fortsetzung von Seite 1)

Neben den bedrückenderweise überall in Westeuropa aufflackernden rechtsradikalen Bewegungen haben wir es in den neuen Bundesländern mit einem zusätzlichen Problem zu tun: 40 Jahre repressive Systemgewalt der SED-Diktatur haben sich in vielen Menschen aufgestaut und brechen sich als schlimme, gegen Menschen und den demokratischen Staat gerichtete Gewalt von rechts Bahn.

Toleranz und Demokratie

Hier sind Polizei und Justiz, aber auch Elternhaus und Schule sowie die Jugendarbeit in besonderer Weise gefordert. Rechtsextremistisches Gedankengut darf in Deutschland keine Chance mehr haben. Jugendliche müssen eine klare Orientierung in Richtung auf Toleranz und Demokratie erhalten. Sie sind nach dem Zusammenbruch des alten Regimes besonders anfällig für braune Rattenfänger.

Rechtsparteien erhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Italien, Belgien und Österreich seit einiger Zeit erheblichen Zulauf. Sie sind nationalistisch, gegen Ausländer, gegen das westliche Bündnis und gegen Europa.

Auch die sogenannten Republikaner (REP), die 1990 fast völlig von der politischen Bühne verschwunden waren, sind wieder aufgetaucht.

Die CDU will die Öffentlichkeit über die negativen Folgen für die Stabilität der Demokratie und der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes hinweisen, wenn die REP hochkämen. Die Wähler müssen wissen, wen sie da wählen. Niemand soll sagen können, er habe es nicht gewußt.

Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser. Es gibt einen fundamentalen und

unüberbrückbaren Unterschied zwischen demokratischen und radikalen Parteien, der eine Zusammenarbeit von CDU und REP unmöglich macht.

Die CDU bekämpft die REP, die DVU und alle ähnlichen Gruppierungen daher mit aller Entschiedenheit, wie sie dies bereits in den 60er Jahren mit der NPD getan hat.

Die CDU legt heute eine Studie vor, die für die Auseinandersetzung mit den REP die notwendigen Belege liefert. Die Studie macht deutlich, daß es sich bei den REP um eine rechtsradikale Partei handelt, die mit demagogischen Parolen Ängste schürt und sich bei genauem Hinsehen als Partei von gestern erweist. Die Studie weist aber auch nach, wie die REP versuchen, sich einen für demokratisch gesinnte Bürger verträglichen Anschein zu geben, wie das ja aus der Geschichte rechter Bewegungen nicht unbekannt ist. Immer wieder kommt es aber zur Selbstenttarnung:

Wie „Die Zeit“ berichtete, trat bei einer Wahlveranstaltung der REP in Baden-Württemberg als Gastredner Gerd Selbach auf, der sich als UN-Experte ausgab. Angesprochen auf ethnische Minderheiten erklärte er: „Solange man darauf schießen darf, habe ich nichts dagegen.“ Er löste mit dieser Feststellung heftigen Applaus bei den anwesenden REP-Anhängern aus. Gefragt von einem jungen Mann, wie er zu dieser Äußerung stehe, erklärte der Landesvorsitzende Käs sogleich: „Ich sehe nicht ein, mich von irgend jemand distanzieren zu müssen“ (Die Zeit, 3.4. 1992).

Die Studie kann in der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 54 44 77 bezogen werden.

Inhaltliche Verwandtschaft der REP mit Rechtsextremen unübersehbar

„Lippenbekenntnisse der Nationaldemokraten und der National-Freiheitlichen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland erfolgen aus taktischen Erwägungen.“ Mit dieser Beurteilung sprach das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 1990 NPD und DVU eine demokratische Gesinnung ab und stufte sie als rechtsextremistische Parteien ein. Sie „verfolgen verfassungsfeindliche Ziele“, heißt es auch im Verfassungsschutzbericht 1991.

Und weiter: „Die Publikationen ihres Bundesvorsitzenden Dr. Frey (DVU) greifen regelmäßig Tagesthemen auf und ordnen diese den von ihnen langjährig entwickelten rechtsextremistischen Feindbildern zu.“

Wie zu zeigen sein wird, haben die Beteuerungen und Bekenntnisse der verschiedenen Rechtsparteien einschließlich der REP zum Grundgesetz nur „deklamatorischen Wert“ (Gessenharter, in: Frankfurter Rundschau, 12. 10. 1991). Vor allem die REP versuchen, sich als verfassungstreu darzustellen, um politisch hoffähig zu werden und sich als möglichen Koalitionspartner anzubieten. „Die Republikaner (...) tun alles, um das Etikett des Rechtsradikalismus und Neonazismus von sich zu weisen und sich als normale deutsche national-konservative Kraft darzustellen“ (Michael Schomers, Die Republikaner — von innen betrachtet, in: Butterwege/Isola, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1990, Seite 75).

Bisher besteht noch keine Einigkeit darüber, ob auch die REP als

rechtsextremistisch oder lediglich als rechtsradikal einzustufen sind.

Falsch ist aber Schönhubers Behauptung, die REP würden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Landesämter für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Baden-Württemberg, Bremen, Hessen und Brandenburg beschäftigen sich bereits mit den REP. Grund für die Beobachtung sind „programmatische Aussagen von Funktionären und Mitgliedern“, in denen eine „übersteigerte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, übersteigertes Nationalismus, eine Diffamierung der Repräsentanten der parlamenta-

Auszüge aus der Studie „Die REP – Gefahr von Rechts“ der CDU-Bundes- geschäftsstelle

rischen Demokratie und mangelnde Distanz zum NS-Regime“ festzustellen ist (Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 1990).

Die REP grenzen sich aus taktischen Gründen immer wieder von den übrigen, vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Parteien ab. Sie behaupten, man habe sich vom „rechten Narrensaum“ (Rolf Schlierer, Rheinischer Merkur, 16. 4. 1992) getrennt. „Wir haben mit anderen Parteien, die sich als rechte etikettieren, nichts zu tun“, erklärte Franz Schönhuber auf dem Parteitag der REP in Deggendorf am 13./14. Juni 1992.

Tatsächlich drängt sich aber der Eindruck auf, daß die REP konturenlos in

diesen „rechten Narrensaum“ übergehen. Deutlich zeigt sich eine Nähe der REP zu rechtsextremen Parteien wie der DVU, der NPD, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) und anderen. Diese Nähe zu eindeutig verfassungsfeindlichen Organisationen besteht sowohl in inhaltlicher als auch personeller Hinsicht.

Unübersehbar ist die inhaltliche Verwandtschaft der REP mit den als rechtsextremistisch eingestuften Gruppierungen.

So findet man in den Programmen von DVU, NPD und REP einen „kontinuierlichen gemeinsamen ideologischen Kernbestand“, der diese Parteien verbindet und von den übrigen demokratischen Parteien klar unterscheidet (Prof. Wolfgang Gessenharter, Frankfurter Rundschau, 12. 10. 1991). Schönhuber und DVU-Chef Frey werden deshalb auch als „Brüder im Geiste“ bezeichnet (Frankfurter Neue Presse, 7. 4. 1992).

Gemeinsame Agitationsthemen

Die Themen der REP und der rechtsextremen Parteien sind nahezu identisch. Im Mittelpunkt der Agitation von NPD und DVU stand 1991 laut Verfassungsschutzbericht, wie in den Jahren zuvor, eine „Anti-Ausländerkampagne, die sich insbesondere gegen Asylbewerber richtete“.

Ähnlich wie die REP spricht die DVU von „Asylbetrug und Überfremdung“, von „Scheinasylanten und kriminellen Ausländern“ (Deutsche Nationalzeitung, 8. 5. 1992) und die NPD von der „Ausplünderung des deutschen Volkes“ (Stimmen der hessischen Nationaldemokraten, Ausgabe Februar 1991, S. 12). Der baden-württembergische REP-Chef Christian Käs warnt vor „Millionen und Abermillionen Asylanten“, die nach Deutschland

kommen, „um das Bruttosozialprodukt zu plündern“ (Frankfurter Rundschau, 7. 4. 1992).

Die DVU, so ihr schleswig-holsteinischer Fraktionschef Ingo Stawitz, habe natürlich nichts gegen „saubere, ordentliche Ausländer wie die Dänen“, wohl aber gegen diejenigen, die „aus fremden Kulturkreisen kommen, nichts gelernt haben und sich in unserer sozialen Hängematte ausruhen“ (Kieler Nachrichten, 7. 4. 1992). „Ausländerhaß“, so gestand Stawitz in Interviews nach der Wahl in Schleswig-Holstein 1992, sei der Grund für seinen Parteieintritt gewesen (Der Spiegel, 16/1992). Mit Parolen wie „Anatolien den Türken, Schleswig-Holstein den Deutschen“ (Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt, 10. 4. 1992) und „deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ (Die Weltwoche, Zürich, 9. 4. 1992) macht die DVU Stimmung gegen Ausländer.

Ähnlich klingt es beim stellvertretenden REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer: „Moslems passen nicht in einen abendländischen Staat wie Deutschland. (...) Türken, Perser, Afrikaner, Chinesen, Inder — die finden hier keinen passenden Kulturraum.“ (Rheinischer Merkur, 16. 4. 1992)

Opfer der Propaganda sind einerseits Sinti und Roma und andererseits Juden. „Noch mehr Ausländer, noch mehr Asylanten, noch mehr Zigeuner? Nein!“, so lautete der Text eines Flugblatts der DVU im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf 1992 (vgl. Die Welt, 6. 4. 1992). Während Schönhuber den Zentralrat der Juden in Deutschland als „fünfte Besatzungsmacht“ bezeichnet, veröffentlicht die Nationalzeitung von DVU-Chef Frey ein Foto orthodoxer Juden mit der Überschrift: „Wer hat in Deutschland das Sagen?“ (Deutsche Nationalzeitung, 23/1992)

Diese Agitation findet ihren Niederschlag auch in einer steigenden Zahl von Gewaltaktionen gegen Ausländerwohnheime und Asylbererberunterkünfte.

So war auf einem Flugblatt der DVU in Schleswig-Holstein zum Thema Ausländer zu lesen: „Feuer geben!“ Einhellig verurteilten daher die übrigen im Kieler Landtag vertretenen Parteien die DVU in einer Aktuellen Stunde wegen deren „Mitschuld an Gewalt bei Jugendlichen“ (Kieler Nachrichten, 6. 6. 1992). Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien wie NPD und FAP waren selbst bei solchen Gewaltaktionen beteiligt (vgl. Verfassungsschutzbericht 1991, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 10 ff.).

Schönhuber nimmt es in Kauf, daß seine Parolen als Aufforderung zur Gewalt verstanden werden. In einem Interview erklärte er:

Frage: „Können Sie sich vorstellen, welche Wirkung es hat, wenn Sie sagen, die Türken wollen Berlin erobern?“

Schönhuber: Ich kann nicht bei jedem Satz, den ich sage, die Wirkung bedenken.

Frage: In den Köpfen von Extremisten werden Sie damit Feuer legen.

Schönhuber: Das glaube ich nicht, aber wenn es so ist, kann ich es auch nicht ändern.“ (Die Zeit, 26. 9. 1992)

Schönhuber unterstellt in Deutschland lebenden Ausländern Gewalttätigkeit. „Wir sind keine Ausländerfeinde, aber wir sagen an die Adresse mancher prügelter Türken: Ihr habt Gastrecht in diesem Land, aber kein Prügelrecht, das geben wir Euch nicht.“ (Schönhuber auf dem REP-Parteitag in Rosenheim 1990) Daraus leitet Schönhuber dann die Rechtfertigung für Gewaltanwendung quasi als Notwehr ab. „Gewalt muß aus der politischen Arena verschwinden.

Aber wehren dürfen wir uns doch wohl. Oder sollen wir uns hinlegen und schlagen lassen, nur weil das so schick ist?“ (Schönhuber auf einer REP-Veranstaltung in Stuttgart, 17. 5. 1989)

Ebenso wie die Rechtsextremen diffamieren auch die REP führende Repräsentanten unseres Staates wie den Bundespräsidenten in so übler Weise, daß damit offenbar das Ziel verfolgt wird, das Ansehen von Organen der Bundesrepublik systematisch herabzusetzen und so das Vertrauen der Bürger in die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu erschüttern:

„Herr von Weizsäcker, wir haben es satt, von Ihnen permanent die Weltmeinung interpretiert zu bekommen. (...) Sie, Herr von Weizsäcker, sind nicht der Präsident des Vereins der internationalen Bedenkenträger, Sie sind der Präsident der Deutschen, vergessen Sie das nicht.“ (Schönhuber auf dem REP-Parteitag in Rosenheim 1990.) In gleicher Absicht beschimpft die rechtsextreme Flugblattserie „Remer-Depesche“ den Bundespräsidenten: „Über Jahre hinweg krochen Sie ganz speziellen Judenlügen zu Kreuze, was viele anständig gebliebene Deutsche zum Erbrechen brachte“ (zitiert nach: Verfassungsschutzbericht 1991, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 44)

Nahezu identisch

Die Publikationen des DVU-Chef Frey greifen auch andere führende Politiker der Bundesrepublik an. So wurde der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Heiner Geißler MdB, als „Unrechtsradikaler“ und „Verfassungsfeind“ bezeichnet (Deutsche Nationalzeitung, 45/91). Auch Schönhuber attackiert Heiner Geißler hart: „Geißler ist ein moderner Savonarola. Typen wie er hätten bei der spani-

schen Inquisition sicher an vorderster Stelle gestanden.“ (Schönhuber auf dem REP-Parteitag in Deggendorf, 13./14. Juni 1992) Schönhuber bezeichnete die Bundestagspräsidentin als „selbsternannte Sauberfrau“ und sprach von einem „perfiden Anschlag(es) von Frau Süßmuth“ wegen der Rückforderung zu Unrecht erhaltener Wahlkampfkostenerstattung von den REP (ebenda).

Auch die weitere Palette der Agitationsthemen ist nahezu identisch. DVU, NPD und REP sehen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nur als eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem Deutschland unter Einfluß der Gebiete jenseits von Oder und Neiße.

„Schlesien ist noch nicht verloren“, so lautete Schönhubers Parole (Interview in Neues Deutschland, 10.4. 1992). DVU-Chef Frey erklärt derweil: „Ich glaube, daß die Frage des russisch besetzten Ostpreußen bald auf der Tagesordnung steht“ (Frankfurter Rundschau, 8.4. 1992).

Gleiche Strategie

Die Rechtsparteien fordern die Wiedererichtung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und verharmlosen die NS-Verbrechen (Verfassungsschutzbericht 1991, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 61 ff.). Während Schönhuber sich in seinem Buch „Ich war dabei“ damit brüstet, bei der Waffen-SS gewesen zu sein, bietet die Nationalzeitung des DVU-Vorsitzenden Frey Woche für Woche Bücher und Videofilme über die „Heldentaten“ der SS-Panzerdivision Totenkopf, der Leibstandarte Adolf Hitler und anderer Einheiten der Waffen-SS an.

Die REP verfolgen die gleiche Strategie wie die rechtsextreme DVU, die NPD

und andere. Nationalismus wird zum wichtigsten aller Werte erhoben. Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit werden diesem untergeordnet. Soziale und politische Probleme werden zu nationalen Problemen umgewandelt. Es werden Überlegenheitsgefühle gegenüber Randgruppen erzeugt und der Eindruck erweckt, Ausländer bedrohten den Wohlstand der Deutschen. Die rechtsextremen Parteien selbst gewinnen ihre Identität durch das Schüren von Feindbildern. „Extremismus ist nicht lebensfähig ohne ein Feindbild. Er macht Stimmung gegen Ausländer, Asylanten, Juden (...) und versucht ein Klima der Pogromstimmung zu schaffen“ (Butterwege/Isola, a. a. O., S. 28).

Das Grundgesetz definiert die Grundrechte ausdrücklich als Schutzrechte des einzelnen vor staatlichem Zugriff. In der antiliberalen und antidemokratischen Lesart der Rechten dagegen ist dieses Prinzip umgekehrt.

„Nicht staatliche Gewalt wird in die Pflicht genommen, die Würde des einzelnen zu achten und zu schützen, sondern der einzelne wird als Bedrohung einer Ordnung dargestellt“ (Wolfgang Gessenharter, Das Freund-Feind-Denken der neuen Rechten, in: Butterwege/Isola, S. 63). Genau dies ist auch der Kern der REP-Ideologie, ein „völkisch-nationalistisches Weltbild“ (Helmut Kellersohn, Der völkische Nationalismus der Republikaner, Duisburg 1989, S. 4).

Es lassen sich eindeutig gemeinsame Wurzeln, ein gemeinsames rechtsextremes Gedankengut und gemeinsame Agitationsmethoden von DVU, NPD und REP feststellen.

Die gemeinsame Rhetorik arbeitet mit der einfachen Technik des „ja, aber“ und

des „natürlich nicht, aber“: „Wir sind weder NS-Anhänger noch Faschisten, aber wenn heute (...) die Faschisten von den Kommunisten verteufelt werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß das faschistische Italien Mussolinis ein wahres Erholungsheim war im Vergleich zum mörderischen System der Sowjetunion.“ (Schönhuber auf einer REP-Veranstaltung in Stuttgart am 17.5. 1989) „Wir sind ausländerfreundlich. Aber wir nehmen uns als Deutsche das Recht heraus, deutschfreundlich zu sein“ (Frey in Nationalzeitung, 17.4. 1992). „Herr Galinski: Ich bin alles andere als ein Antisemit, aber hören Sie endlich auf, deutsche Patrioten zu verleumden“ (Schönhuber auf dem REP-Parteitag in Rosenheim 1990). „Wir haben kein Ausländer-Feindbild, aber Sie müssen verstehen, hier in Deutschland herrscht das Staatsvolk, laut Grundgesetz. Und die Politiker in Deutschland haben geschworen, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln. Nicht zum Nutzen der UNO oder der EG. Sie müssen sich endlich wieder darauf besinnen: deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ (Ingo Stawitz, Die Weltwoche, Zürich, 9.4. 1992). „Er (der Faschismus) soll und darf auf keinen Fall wiederbelebt werden. Aber es wird Zeit, daß man in unseren Schulen auch wieder historische Wahrheiten lehrt, daß es nicht um die Interpretation der Fakten geht“ (Schönhuber auf dem REP-Parteitag in Rosenheim 1990). Diese Beispiele zeigen deutlich, daß radikale Parolen nach einem identischen Muster vorgetragen werden.

Zwar versichern REP, DVU und andere, daß sie weder ausländerfeindlich, antisemitisch noch in anderer Hinsicht radikal sind. Die Zuhörer oder Leser verstehen aber eindeutig den radikalen Kern ihrer Äußerungen.

Die REP wollen damit quasi ein „Scharnier“ der Rechtsextremen zu den demokratisch legitimierten Parteien bilden. Rolf Schlierer beschreibt die Rolle, die die REP für sich selbst vorsehen. Sie wollen gesehen werden „als nationale Stimme innerhalb des Parteienspektrums“ (Der Spiegel, 41/1992).

Vor diesem Hintergrund ist eine klare Abgrenzung und intensive politische Auseinandersetzung mit den REP von großer Bedeutung. Die eigentliche Gefahr der REP liegt dabei in der Enttabuisierung des Rechtsradikalismus, dem sogenannten „Republikaner-Phänomen“ (Hans-Gerd Jaschke, Die Republikaner, Profile einer Rechtsaußenpartei, Bonn 1990, S. 9), das zur Folge hat, bestimmte Positionen als normal darzustellen, obwohl sie rechtsradikal sind.

Personelle Nähe

Schönhuber hat bisher eine Strategie der Abgrenzung gegenüber der DVU betrieben. Er bezeichnete DVU-Chef Frey sogar abfällig als „NS-Devotionalienhändler“ (Frankfurter Rundschau 8.4. 1992). Noch auf dem REP-Parteitag in Deggendorf im Juni 1992 hatte Schönhuber festgestellt: „Ich lasse mir zwar von außen keine persönliche Feindschaft zu Herrn Dr. Frey aufzwingen, aber wir sind Vorsitzende zweier unterschiedlicher Parteien. Wir gehen verschiedene Wege.“ Nach Berichten des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ wurde dagegen im Mai 1992 ein „faktischer Waffenstillstand“ zwischen beiden Parteien ausgehandelt. Danach favorisieren „Mitakteure der rechten Kungelei“, wie der Herausgeber des rechten Magazins „Europa vorn“, der Kölner Manfred Rouths, bereits ein Bündnis von REP und DVU. (Der Spiegel, 41/1992)

Immer wieder erklärt Schönhuber, er

achte darauf, „daß Ultrarechte von der Partei ferngehalten werden“ (Nürnberger Nachrichten, 7. 4. 1992). Gleichzeitig fordert er aber, gewalttätige Skinheads nicht zu „kriminalisieren“ und nicht „links liegen“ zu lassen (TAZ, 12. 11. 1991). Damit verharmlost er die von Skinheads verübten Gewaltaktionen. Die Skinheads ihrerseits fühlen sich von Schönhubers Ankündigungen angezogen und erscheinen häufig bei Parteiveranstaltungen vor allem in den neuen Bundesländern (Frankfurter Rundschau, 16. 4. 1991). Wie die Saarbrücker Zeitung berichtet, wurden bei einer Veranstaltung der REP in Neubrandenburg Skinheads in den Saal gelassen; sie füllten die Stuhlreihen auf. Sie machten etwa ein Drittel der Teilnehmer an der von 400 Personen besuchten „Großveranstaltung“ der REP aus. Die Polizei hatte den Skinheads, die zuvor durch die Innenstadt gezogen waren und „Ausländer raus“ skandiert hatten, Baseballschläger, stehende Messer und eine Pistole abgenommen. 51 Skinheads wurden von der Polizei festgenommen. Schönhuber erklärte auf der Veranstaltung, man könne nicht von den kurzen Haaren auf eine politische Gesinnung schließen (Saarbrücker Zeitung, 30. 9. 1991).

Der Verfassungsschutzbericht 1991 stellt fest, daß vor allem die Skinheads in den neuen Bundesländern rechtsextremistisch orientiert sind, da sie sich bereits zu DDR-Zeiten als „nationalsozialistische Opposition“ gegen den kommunistischen Apparat empfunden haben.

„Nach der Wende wurde sehr schnell offenbar, welche Art von Kindern der Sozialismus mit seinem verordneten Antifaschismus und seiner aufgesetzten Völkerfreundschaft auch hinterlassen hat: überzeugte und ideologisch geschulte

Rechtsradikale, die Hatz machen auf alles, was sie für undeutsch halten“ (Andreas Borchers, Neue Nazis im Osten, Hintergründe und Fakten, Weinheim 1992, S. 8). Der Bürgerrechtler Konrad Weiß schreibt dazu: „Die Skinheads sind die Enkel und Urenkel der SS-Männer, der Hitlerwähler und Blockwarte und Mitmarschierer unter uns“ (zitiert nach Borchers, S. 55).

Gefährliche Militanz

Der Leiter des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz stellte klar, daß Skinheads sich zum militantesten und gefährlichsten Teil des rechtsextremen Spektrums entwickelt haben. Sie fungieren bei Parteiveranstaltungen der Rechten häufig als schlagkräftige Ordnungstrupps und waren wiederholt an Überfällen auf Ausländer und an Brandanschlägen gegen Asylantenunterkünfte beteiligt (Frankfurter Rundschau, 22. 5. 1992).

Auch der jüngste Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg beschreibt die engen personellen Verbindungen zwischen den REP und anderen rechtsextremen Organisationen.

So wurde z. B. die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ im August 1991 in München von ehemaligen Funktionären der NPD, der DVU und der REP gegründet. Der Bundesvorstand setzt sich aus ehemaligen Funktionären von NPD und REP zusammen (Harald Neubauer, vormals stellvertretender REP-Vorsitzender, Rudolf Kendzia, vormals REP-Schatzmeister in Berlin, Martin Mussnug, vormals NPD-Vorsitzender, Jürgen Schützing, NPD). Die Deutsche Liga versteht sich ausdrücklich als „Sammlungsbewegung“, die auch Doppelmitgliedschaften mit anderen Gruppierungen und Parteien

erlaubt. Ganz gezielt wird hier zusammengearbeitet.

Bemerkenswert ist, daß die Deutsche Liga bereits in verschiedenen Parlamenten vertreten ist, obwohl sie bisher an keiner Wahl teilgenommen hat. So sitzt etwa der frühere REP-Abgeordnete Neubauer jetzt als Mitglied der Deutschen Liga im Europaparlament. Auch in der bremischen Bürgerschaft ist ein DVU-Abgeordneter zur Deutschen Liga übergetreten.

Durch Mitnahme ihrer REP- bzw. NPD-Mandate sind Funktionäre der Deutschen Liga in den Kommunalparlamenten von Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Köln, Frankfurt a. M. und Pforzheim vertreten (Verfassungsschutzbericht 1991, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 62).

An diesen Beispielen zeigt sich deutlich, daß REP-Mitglieder die Wähler täuschen. Wer REP wählt, muß später oft erkennen, daß viele der gewählten Volksvertreter zu eindeutig rechtsextremen Parteien überlaufen, ohne ihr Mandat zurückzugeben. ■

Erster Neubau-Auftrag für Warnemünder Werft

Die Kvaerner Warnow Werft GmbH (Warnemünde) hat jetzt den ersten Auftrag für einen Schiffsneubau seit der Übernahme durch den norwegischen Kvaerner-Konzern vor drei Wochen erhalten.

Für den deutschen Reeder Hans Peterson + Söhne wird ein Containerschiff mit 19.000 Tonnen Tragfähigkeit gebaut. Nach Auskunft der Kvaerner-Geschäftsführung hat der Auftrag ein Volumen von rund 50 Millionen DM.

Unverantwortlich

Zu der geplanten Wiederinbetriebnahme einzelner Blöcke des Unglücksreaktors von Tschernobyl erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Diese Maßnahme ist unverantwortlich. Denn sie gefährdet nicht nur die Menschen in der Ukraine, sondern stellt eine Gefahr für die gesamte Menschheit dar. Niemand stellt den Energiebedarf der Ukraine in Frage. Er darf aber nicht durch Reaktoren des Typs gedeckt werden, der nachweislich zu den störungsanfälligsten der Welt gehört. Der Störfall eines solchen Reaktors im Litauischen Ignalina belegt dies erneut auf bedrohliche Weise.

Ich fordere daher die Europäische Gemeinschaft auf, die Energieversorgung der Ukraine für den kommenden Winter aus dem europäischen Stromverbund sicherzustellen. Gleichzeitig müssen alle westlichen Industriestaaten in einem multilateralen Aktionsprogramm ihren Beitrag zum Aufbau einer sicheren und effizienten Energieversorgung in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas erbringen. ■

Wie der Direktor für Technik, Olav Moe, sagte, werde mit dem Zuschnitt der ersten Platten für den Hochseefrachter „noch in dieser Woche“ begonnen. Die Kiellegung des Frachters werde am 1. Dezember erfolgen.

„Dieser Vertrag ist sehr wichtig für uns“, sagte der Geschäftsführer der Werft Otto Soeberg. „Wir erreichen dadurch eine bessere Auslastung der Werft — das für 1993 befürchtete Produktionsloch ist gestopft.“

Es ist höchste Zeit:

Den Mißbrauch des Asylrechts endlich abstellen

Mit eindringlichen Appellen an die SPD haben die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP in der Bundestagsdebatte am 15. Oktober die Vorlage ihres gemeinsamen Entschließungsantrags zur Asylpolitik begründet.

Wolfgang Schäuble: Der Zeiger steht bereits auf fünf nach zwölf.

● Die Lage hat sich dramatisch zuspitzt. Die Zahl der Asylbewerber, die zu uns nach Deutschland kommen, steigt unaufhörlich weiter. Insgesamt müssen wir für 1992 mit 450.000 Asylbewerbern rechnen.

● Es muß jetzt gehandelt werden. Es hat alles schon viel zu lange gedauert. Unsere Bürger haben längst den Eindruck, daß die Politiker in dieser entscheidenden Frage nur diskutieren und streiten, ohne zu Lösungen zu kommen.

● Die Menschen bekommen mehr und mehr das Gefühl, die Zuwanderung zu uns nach Deutschland gerate außer Kontrolle. Dies verunsichert die Menschen, und aus Verunsicherung erwachsen Ängste.

● Unsere Bürger sind die verwirrenden Diskussionen um das Asylrecht leid, sie

wollen Klarheit in der Sache, sie wollen wissen, was die Parteien vorhaben.

● Wir legen heute bewußt keinen Gesetzesantrag, sondern einen Entschließungsantrag vor. Wir wollen für die anstehenden Verhandlungen mit der SPD gesprächsfähig bleiben. Aber es muß klar sein: Wir werden keinen Regelungen zustimmen, die im Ergebnis nichts bewirken. Wir wollen nicht irgendein Ergebnis, wir wollen ein befriedigendes und ein befriedendes Ergebnis.

● Ich erinnere an das, was Engholm noch vor zwei Tagen gesagt hat: „Wenn wir keine tragfähige Regelung zustande kriegen, werden sich immer mehr Menschen von uns abwenden und ihr Heil bei den unheilvollen Hetzern von rechts außen suchen. Das müssen wir verhindern.“ Ich setze hinzu: Wenn es den großen demo-

Ein Parlament kann auf Dauer keine Politik gegen den Willen der Bevölkerung machen.

kratischen Parteien nicht gelingt, sich in dieser entscheidenden Frage auf eine tragfähige Lösung zu einigen, dann steuern wir unser Land in eine schwere Staats- und Verfassungskrise.

● Die SPD-Fraktion hat uns Gespräche bisher mit dem Hinweis darauf verweigert, sie müsse erst den Verlauf ihres Son-

derparteitäges Mitte November abwarten. Aber: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Abgeordnete des ganzen deutschen Volkes, nicht einer Partei. Kein Abgeordneter kann sich der Verantwortung für seine persönliche Entscheidung entziehen, und letztlich kann ihm auch kein Parteitag diese Verantwortung abnehmen.

● Die Position der Regierungskoalition ist klar und eindeutig. Der Entschließungsantrag beschreibt die entscheidenden Ziele unserer zukünftigen Asylpolitik:

▶ Danach werden politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention auch weiterhin in Deutschland als Asylberechtigte anerkannt.

▶ Indem wir gegen den Mißbrauch des Asylrechts vorgehen, werden wir deren Schutz nicht verschlechtern, sondern — im Gegenteil verbessern, denn der massenhafte Mißbrauch des Asylrechts geht zu Lasten der tatsächlich Verfolgten.

▶ Entscheidend ist, daß es das vorläufige Bleiberecht, das Artikel 16 des Grundgesetzes in seiner derzeitigen Fassung jedem Ausländer gewährt, auf die bloße Behauptung hin, er werde politisch verfolgt, in Zukunft nicht mehr geben soll.

▶ Der Rechtsschutz bleibt bestehen. Wir halten es aber für zumutbar, daß in offensichtlich unbegründeten Fällen der Klageweg vom Ausland aus beschritten wird.

● Die Asylproblematik tangiert mittlerweile die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und den inneren Frieden in unserem Land.

● Es muß jetzt gehandelt werden, denn es ist höchste Zeit. Der Zeiger steht bereits auf fünf nach zwölf.

Rudolf Seiters: Ein Parlament kann auf Dauer keine Politik machen gegen den erkennbaren Willen der Bevölkerung.

Ich frage:

● WER WILL EIGENTLICH ERNSTHAFT EINWÄNDE DAGEGEN ERHEBEN, daß eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen sein muß, wenn aufgrund völkerrechtlicher Verträge ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist und dieser die Genfer Flüchtlingskonvention beachtet?

● WER WILL ERNSTHAFT EINWENDUNGEN DAGEGEN ERHEBEN, daß wir von der Asylgewährung ausschließen, wenn der Ausländer ein schweres, nicht politisches Verbrechen im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention begangen hat?

● UND WO SIND ERNSTHAFTE ▶

Peter Hintze: Wen vertritt die SPD eigentlich noch?

● Ich fordere die Fraktionsführung der SPD auf, in der Asylfrage endlich die humanitäre Vernunft über die ideologische Verweigerung siegen zu lassen und sich an der Bundestagsentschließung zu beteiligen.

● Die SPD droht, sich von der Mehrheit ihrer eigenen Wählerinnen und Wähler zu verabschieden. Es stellt sich die Frage: Wen vertritt die SPD eigentlich noch im Deutschen Bundestag?

Ausbildungsplätze für jeden Lehrstellenbewerber

Jeder Lehrstellenbewerber in den neuen Ländern erhält auch für das jetzt beginnende neue Ausbildungsjahr einen Ausbildungsplatz. Nach den Meldungen der Arbeitsämter gibt es — wie schon im Vorjahr — auch im Herbst dieses Jahres in den neuen Ländern mehr offene Ausbildungsplätze als noch nicht vermittelte Bewerber.

Die Zahl der betrieblichen Lehrstellen ist um + 18,4 Prozent gegenüber 1991 auf jetzt 74.400 Plätze angewachsen. Dadurch wurde es möglich, die zur Ergänzung des betrieblichen Angebots eingerichteten außerbetrieblichen, aber gleichwohl vollwertigen Ausbildungsplätze von 37.400 (1991) auf

20.700 zu verringern. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage im Osten Deutschlands und der noch andauernden Umstrukturierungsprozesse im System der dortigen Berufsausbildung ist es somit gelungen, auch im dritten Jahr nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands den jungen Menschen in den neuen Ländern zu einem gesicherten Start ins Berufsleben zu verhelfen.

Die vom Bundeskanzler angeregten gemeinsamen Bemühungen mit Handwerk, Industrie, Handel und freien Berufen, mit Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie mit der Bundesanstalt für Arbeit und der Treuhandanstalt haben sich ausgezahlt.

ARGUMENTE DAGEGEN, daß unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention in einem verkürzten und vereinfachten Verfahren beschieden wird, wer aus einem verfolgungsfreien Herkunftsland oder aus einem sicheren Drittstaat kommt oder aus einem Land, in dem er in einem rechtsstaatlichen Verfahren und nach den Maßstäben der Genfer Flüchtlingskonvention bereits als Asylbewerber abgelehnt worden ist?

ICH KANN SOLCHE ARGUMENTE NICHT FINDEN.

Für den Antrag der Koalition stimmten 364 Abgeordnete bei 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Die SPD-Fraktion hat sich an der namentlichen Abstimmung am Ende der Debatte nicht beteiligt.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 13. Oktober **Wolfgang von Stetten** zum Stellvertretenden Vorsitzenden (Obmann) der Arbeitsgruppe Recht gewählt.

★ ★ ★

Zum Vorsitzenden der Sonderarbeitsgruppe „Europäische Union“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde **Peter Kittelmann** gewählt, zum Stellvertretenden Vorsitzenden (Obmann) dieser Sonderarbeitsgruppe **Michael Stübgen**.

★ ★ ★

Zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses „Europäische Union“ wurde **Renate Hellwig** nominiert.

EG-Gipfel von Birmingham

Klares Signal des Zusammenhalts

Aus Anlaß des Birmingham-Gipfels erklärte Elmar Brok, MdEP, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Außenpolitik:

1. Die positiven Ergebnisse des EG-Gipfels von Birmingham bedeuten nach Wochen der Unsicherheit ein klares Signal des Vertrauens und des Zusammenhalts in der EG. Auf dieser Grundlage kann die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages in seiner ausgehandelten Fassung, der schon mehrere Mitgliedsstaaten durch ihre Parlamente bzw. in Referenden zugestimmt haben, zum Abschluß gebracht werden. Die Birmingham-Erklärung und die damit verbundenen Klarstellungen schaffen die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Ratifizierungsverfahrens in Dänemark.

2. Die Sorgen der Bürger wegen eines Zentralismus und des demokratischen Defizits der EG müssen ebenso ernst genommen werden wie die Ängste um den Verlust der nationalen Identität. Es ist deshalb begrüßenswert, daß das Europäische Parlament und die EG-Kommission am 14. 10. 1992 sowie der Europäische Rat am 16. 10. 1992 wichtige Klarstellungen zu diesen Themen zum Ausdruck gebracht haben:

Das Subsidiaritätsprinzip, das im Maastricht-Vertrag verankert ist, ist ein wichtiges Instrument, um Fehlentwicklungen zu korrigieren, Zentralismus zu verhindern und den Föderalismus als entscheidendes Strukturprinzip in Deutschland zu sichern und in der EG durchzusetzen. Das Gleichgewicht von Kommunen, Regionen, Nationalstaaten und EG kann auf diese Weise gewährleistet werden.

Die Absicht von EP, Rat und Kommission, eine interinstitutionelle Vereinbarung über diesen Grundsatz auszuarbeiten, die die drei Organe verpflichtet und sich sowohl auf den Gehalt dieses Begriffs als auch auf die Verfahren zu seiner Anwendung erstreckt, sollte bis zum Gipfel in Edinburgh im Dezember umgesetzt werden. Die Kommission muß jährlich dem Rat und dem EP einen Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips vorlegen.

3. Der Vertrag von Maastricht hat durch den Regionalaussschuß (Beteiligung der Regionen und Kommunen), bei den Rechten des Europäischen Parlaments (Mitentscheidungsrecht bei einem Teil der Gesetzgebung, Recht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, verbindliches Recht, die Einsetzung der Kommission abzulehnen), durch das Sozialprotokoll, durch die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft, durch die neuen gemeinsamen Zuständigkeiten in der Rechts- und Innenpolitik (z. B. Asylpolitik, Europol) und durch die neue Handlungsfähigkeit im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wesentliche Fortschritte erbracht. Der Ausbau dieser Instrumente für mehr Bürgernähe und für mehr Handlungsfähigkeit muß spätestens durch die für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz erfolgen. Es ist zu prüfen, ob diese Regierungskonferenz nicht schon früher, etwa 1994 beginnen kann. Das demokratische Defizit der EG muß durch den weiteren Ausbau der Rechte des Europäischen Parlamentes und durch die Zusammenarbeit von EP und nationalen Parlamenten beseitigt werden. ■

Ergebnisse des Sondergipfels begrüßt

Die Ergebnisse des Sondergipfels der EG-Staats- und -Regierungschefs in Birmingham wurden von dem stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer (EVP/CDU), als ein klares Signal, das nach Wochen der Unsicherheit für den Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft gesetzt wurde, begrüßt.

Damit sei eine wichtige Vertrauensbasis für die nächsten Schritte in die Zukunft geschaffen worden. Es sei deutlich geworden, daß der Zug zur Europäischen Union planmäßig weiterfahren könne.

Sälzer begrüßte insbesondere, daß der Gipfel wesentliche Elemente des Beschlusses des Europäischen Parla-

mentes vom 14. Oktober übernommen habe. Jetzt käme es darauf an, eine Vereinbarung zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament zur konkreten Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips zu erarbeiten, so daß sie im Dezember von allen drei Institutionen verabschiedet werden könne.

Im Vorgriff auf weitere Vertragsänderungen sollte sich der Rat schon jetzt verpflichten, keine EG-Gesetze in Kraft zu setzen, die nicht die Mehrheit im Europäischen Parlament gefunden haben. Ebenso sollte der Rat sich heute schon verpflichten, für die Wahl der neuen Kommission ab 1995 nur einen Präsidenten zu ernennen, der eine Mehrheit im Europäischen Parlament gefunden habe.

RCDS-Kampagne: Studenten gestalten Europa

Eine Europa-Kampagne sowie ein Thesenpapier zu Europa hat der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Eckhard Wälzholz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Wälzholz erklärte, daß der RCDS keine Hurra-Kampagne durchführen wolle, sondern detailliert über Maastricht aufklären, indem Informationsstände und Vorträge sowie Podiumsdiskussionen durchgeführt werden sollen. RCDS-Euro-Teams werden bis zu 40 Hochschulen in Deutschland anfahren, um Information und Identifikation zu vermitteln.

Das Aktionsprogramm hat den Charakter einer modernen politischen Kampagne. Es ist auf ein visionäres Ziel gerichtet, für das ein breiter Konsens unter den Studenten erwartet werden darf. Die Aktio-

nen stehen nicht einzeln nebeneinander, sondern bauen aufeinander auf. Die Aktionen sollen zum Mitmachen einladen und die kulturelle, historische und emotionale Dimension des Themas greifbar machen.

Der RCDS ist wegen seiner Organisationsstruktur für die Durchführung einer solchen Kampagne prädestiniert. Er verfügt über zahlreiche kleine, aber hochaktive Gruppen an den Hochschulen.

Der rote Faden der Europa-Kampagne ist die Europa-Bustour. Der Europa-Bus des RCDS soll als Signal für die Vollenendung des europäischen Binnenmarktes bis zu 40 Universitäten aufsuchen und die Studenten über den Prozeß der europäischen Integration informieren. Beiläufig soll in größerer Zahl Streu- und Werbematerial verteilt werden.

Theo Waigel: Wichtiger Beitrag zur Herstellung des Rechtsfriedens

Zu dem vom Bundesverfassungsgericht bekanntgegebenen Beschluß über die Verfassungsmäßigkeit des Grundfreibetrages erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts muß der Steuergesetzgeber „dem Einkommensbezieher von seinen Erwerbsbezügen zumindest das belassen, was er dem Bedürftigen zur Befriedigung seines existenznotwendigen Bedarfs aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellt“.

Der Beschluß ist ein wichtiger Beitrag zur Herstellung des Rechtsfriedens. Denn es besteht verfassungsrechtlich keine Notwendigkeit, wegen des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags Steuerfestsetzungen bis einschließlich 1992 zu ändern. Ein genereller Handlungsbedarf für eine Neuregelung besteht erst mit Wirkung zum 1. Januar 1996.

Der für die Zeit ab 1996 zu findenden Neuregelung muß eine sorgfältige Analyse der Aussagen im Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vorangehen.

Nicht nur die notwendige Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums wird zu bestimmen sein. Zum Beispiel stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit der Grundfreibetrag bei mittleren und höheren Einkommen abgebaut werden kann. Hierbei wird zu prüfen sein, inwieweit Einkommensverwendungen das für das steuerliche Existenzminimum maßgebliche Einkommen mindern können.

Davon zu unterscheiden ist die Verpflichtung, schon mit Wirkung ab 1993 dem Steuerpflichtigen bei der Einkommensbesteuerung die Erwerbsbezüge zu belassen,

die er zur Deckung eines existenznotwendigen Bedarfs benötigt. Die Absicht der Bundesregierung, ab 1993 einen weiteren Schritt zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums vorzunehmen, kann aufgrund dieser Aussage nunmehr konkretisiert werden. Jetzt ist klar: Adressaten der Verbesserung sind für die Übergangszeit die Bezieher geringer Einkünfte.

Das Bundesverfassungsgericht hat in den Gründen seines Beschlusses ausgeführt, die für die Übergangsjahre 1993/94/95 gebotene Entlastung könne „individuell oder generell“ erfolgen. Da der Zeitraum für eine gesetzliche Regelung zum 1. Januar 1993 zu kurz ist, wird eine Verwaltungsregelung (z. B. Billigkeitsmaßnahme) zu prüfen sein, die eine Berücksichtigung des Existenzminimums bereits im Lohnsteuer-Abzugsverfahren bzw. Vorauszahlungsverfahren zur Einkommensteuer ermöglicht.

Das Bundesfinanzministerium wird in Kürze mit den Ländern die notwendigen Schritte erörtern.

Das Urteil entspricht der Grundausrichtung unserer Steuerpolitik

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Höhe des Grundfreibetrages erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt die steuerpolitische Linie, die die CDU seit Jahren eingeschlagen hat:

Wir haben in zurückliegenden Jahren mehrfach die steuerlichen Freibeträge

erhöht und damit in mehreren Stufen vor allem auch geringer Verdienende und Familien mit Kindern entlastet.

Ich erinnere daran, daß die Regierung Helmut Kohl den Kinderfreibetrag nahezu verzehnfacht hat; den Grundfreibetrag haben wir um $\frac{1}{3}$ erhöht. Insofern entspricht das Urteil der Grundausrichtung unserer Steuerpolitik.

Bis 1996 muß das Urteil umgesetzt sein

Ich begrüße, daß das Bundesverfassungsgericht die finanziellen Folgen seines Urteils berücksichtigt hat, indem es dem Gesetzgeber bis 1996 eine Frist eingeräumt hat, das Urteil umzusetzen. Angesichts der erheblichen Leistungen, die in den nächsten Jahren durch die öffentlichen Haushalte zu tragen sind, kann die Anhebung des Grundfreibetrages nur in Stufen vorgenommen werden.

Wichtige Wegweisung

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erklärte Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch:

Eine wichtige Wegweisung, die die Bemühungen der Bundesregierung um mehr Steuergerechtigkeit auch bei niedrigen Einkommen fördern wird. Die Bedeutung der Entscheidung liegt darin, daß Einkommen in einer Höhe nicht mehr besteuert werden dürfen, wie sie heute schon Sozialhilfeempfänger steuerfrei zur Verfügung haben.

Bei der jetzt erforderlichen Neuregelung der Besteuerungsgrenze sollten auch die Beschlüsse des Verfassungsgerichtes von 1990 zur Familienbesteuerung berücksichtigt werden.

Bereits damals haben die Richter festgehalten, daß das Existenzminimum der Kinder nicht besteuert werden darf.

Ottfried Hennig fordert radikalen Kurswechsel in der schleswig-holsteinischen Finanzpolitik

Ohne einen radikalen Kurswechsel in der Finanzpolitik kann Schleswig-Holstein auf Dauer keine gute Zukunft haben. Die CDU-Landtagsfraktion wird diesen Kurswechsel bei den kommenden Haushaltsberatungen von der Regierung einfordern, ihn mit konkreten Sparvorschlägen untermauern und sich in ihrer Sparsamkeit von niemandem übertreffen lassen.

Dies kündigten der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Ottfried Hennig, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Peters und

der finanzpolitische Sprecher Karl Eduard Claussen am 13. Oktober in Kiel an. Für die CDU-Fraktion sei es unstrittig, daß der Haushalt 1993 gegenüber 1992 um nicht mehr als 3 Prozent steigen dürfe. Dies entspreche der Empfehlung des Finanzplanungsrates.

Außerdem werde die CDU-Fraktion Sparvorschläge vorlegen, mit denen die Neuverschuldung „deutlich unter 1 Milliarde DM gesenkt werden soll“. Nach Beschlußfassung der CDU-Fraktion bedeutet dies ein Sparvolumen von mindestens 160 Millionen DM.

Unser Ziel ist die Vollendung der Politischen Union

Anläßlich einer Pressekonferenz zu den Themen Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik im neuen Grundsatzzprogramm der CDU am 14. Oktober erklärte der Vorsitzende der Grundsatzzprogrammkommission der CDU Deutschlands, Reinhard Göhner:

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat uns Deutschen neue Handlungsmöglichkeiten und eine gewachsene Verantwortung in Europa und der Welt gebracht. Wir müssen unseren Pflichten und dieser Verantwortung nachkommen und ausgehend von unseren Werten die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands benennen:

- Wir Deutsche haben ein besonderes Interesse an der Vollendung der Einheit Europas. Wir brauchen die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, um unseren Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern und im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsnationen und -zusammenschlüssen erfolgreich zu bestehen. Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, damit unser Frieden in Freiheit gesichert bleibt.
- Wir Deutsche haben ein besonderes Interesse an der engen Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa. Wir sind durch die demokratischen Werte miteinander verbunden und tragen eine gemeinsame Verantwortung für die internationale Entwicklung und die Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt. Die

politischen Aufgaben der NATO haben sich durch die Veränderungen in Europa erweitert. Ihr kommt beim Prozeß der Neugestaltung und der gesamteuropäischen Ordnung eine große Bedeutung zu.

- Wir Deutsche haben ein besonderes Interesse an einer dauerhaften demokratischen und friedlichen Entwicklung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Es muß uns gelingen, die demokratische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in diesen Ländern zu sichern, um schwerwiegende Rückwirkungen für Deutschland und Westeuropa zu verhindern. Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik. Die demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist von zentraler Bedeutung für die langfristige Sicherung des Friedens. Daher ist eine wirksame Unterstützung der Reformen in diesen Ländern eine unerläßliche Investition für die internationale Sicherheit. Hier sind alle wohlhabenden Staaten — nicht nur die Europas — gefordert.

Unsere Werte und Interessen erlauben es uns nicht, den weltweiten Problemen von Hunger, Armut, Krieg und Umweltzerstörung gleichgültig zu begegnen. Es gehört zu unseren Pflichten, unseren Beitrag zur Lösung dieser Probleme zu leisten, die an unseren Grenzen nicht haltmachen. Deutschland muß im Zusammenwirken mit seinen Partnern seiner Verantwortung für die „Eine Welt“ gerecht werden. Angesichts der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit widerspricht ein Rückfall

in nationalistische Perspektiven unseren ureigenen Interessen.

II.

Unser Ziel ist die Vollendung der Europäischen Union. Die Europäische Union wird etwas völlig Neues in der Geschichte internationaler Staatenszusammenschlüsse sein; sie wird weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund im traditionellen Sinne werden. Die Vollendung der Europäischen Union bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten. Aber die einzelnen Mitgliedsstaaten werden um des gemeinsamen Erfolges und der Handlungsfähigkeit der Union willen Befugnisse, Aufgabenbereiche und politische Souveränitäten abtreten müssen. Die europäischen Nationalstaaten werden sich hierdurch wandeln. Dies bedeutet aber keinen Verlust, sondern einen Gewinn durch das größere Ganze.

● Wir wollen den Föderalismus als Instrument der Machtkontrolle und der Verhinderung eines Zentralismus in der Europäischen Union stärken. Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die einen Grundrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union regelt und die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip begrenzt.

● Wir brauchen eine weitere Demokratisierung in Europa. Der Vertrag von Maastricht enthält hierfür wichtige Beschlüsse, insbesondere in bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlaments.

● Wir wollen ein bürgernahes Europa schaffen. Wir wenden uns gegen unüberschaubare Verwaltungsstrukturen. Mit der Einführung der europäischen Bürgerschaft wird jeder Bürger der Europäischen Union an seinem Wohnort unabhängig von seiner Nationalität seine

Stimme bei Kommunal- und Europawahlen abgeben können. Das heißt: ein Spanier, der seinen Wohnsitz in Köln hat, wird dann in Köln bei den Kommunal- und Europawahlen seine Stimme abgeben können.

III.

Frieden ist mehr als das Schweigen der Waffen. Auch wenn das Ende des Ost-West-Konfliktes für uns Deutsche in Europa größere Sicherheit gebracht hat, so ist die Welt als Ganze doch nicht friedlicher geworden. Neue Unwägbarkeiten und Risiken sind entstanden, die immer seltener national und immer häufiger nur noch international durch das Zusammenwirken von Staaten und verschiedener Zusammenschlüsse bewältigt werden können. Angesichts der vielfältigen ethnischen, nationalen, religiösen und sozialen Konflikte, angesichts der weltweiten Kluft zwischen Arm und Reich, der Bedrohung durch ökologische Zerstörung, international organisierte Kriminalität und der vielfältigen Formen politischer Unterdrückung bedarf es eines neuen, erweiterten Sicherheitsbegriffes. Sicherheit bedeutet für uns mehr als militärische Sicherung. Unser neues Verständnis von Sicherheitspolitik richtet sich auf alle politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Anstrengungen, welche das friedliche Zusammenleben der Staaten zum Ziel haben. Hierzu gehören der völkerrechtliche Schutz der individuellen Menschen- und Bürgerrechte, die Beilegung religiöser und ethnischer Konflikte, die Verhinderung ökologischer Zerstörungen ebenso wie die Eindämmung der international organisierten Kriminalität.

Oberstes Ziel unserer Friedens- und Sicherheitspolitik ist es, Freiheit und Frieden als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben zu sichern und zu

fördern. Internationaler Dialog, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Ausbau der internationalen Rüstungskontrolle sowie weitere Verhandlungen zur vertraglichen Begrenzung von Streitkräften und Rüstung sind zentrale Elemente unserer Politik.

Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrnehmen

Wir Deutsche müssen bereit sein, unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen können. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann.

Bei der Wahrung von Sicherheit und Frieden in und für Europa bleiben wir aber auch in Zukunft auf die Partnerschaft mit unseren nordamerikanischen Verbündeten angewiesen. Wir wollen daher mit unseren Freunden und Partnern ein Netz europäischer Sicherheit knüpfen, in dem sich NATO, WEU und KSZE ergänzen.

● Die NATO hat über vier Jahrzehnte den Frieden in Europa gesichert, die Freiheit ihrer Mitgliedsstaaten gewährleistet und jede Destabilisierung und Bedrohung von außen abgewehrt. Freiheit und Sicherheit zu wahren und damit zum Erhalt des Friedens beizutragen, bleibt auch in Zukunft der politische und militärische Zweck der NATO. Dazu gehört die Beibehaltung der nuklearen Schutzgarantien für die Mitgliedsstaaten. Die

neuen Aufgaben der NATO haben sie zu einem Partner der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas gemacht. Wir wollen den Nordatlantischen Kooperationsrat als Dialogforum zum Austausch und zur Kooperation mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas umfassend nutzen. Die politische und militärische Mitverantwortung der USA in und für Europa ist für den Frieden und die Sicherheit unseres Kontinents, insbesondere für Deutschland, von existentieller Bedeutung.

● Wir wollen, daß die Europäische Union künftig eine größere Verantwortung im Rahmen der europäischen Friedenssicherung übernimmt. Wir wollen den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses stärken, indem wir die WEU ausbauen. Die WEU muß zum festen Bestandteil der Europäischen Union werden und soll auch mit den Institutionen des Nordatlantischen Bündnisses eng verbunden sein. Wir brauchen europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit, um im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen zu können.

Wirksame Konfliktvermeidung

● Wir wollen, daß die UNO zukünftig wirksamer zur Konfliktvermeidung und -verhütung beitragen kann und daß ihre Eingreifmöglichkeiten zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens verbessert werden. Deshalb müssen wir die Vereinten Nationen stärken und ihre Handlungsfähigkeit ausbauen. Insbesondere müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Menschenrechte weiterentwickelt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Europäische Union einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält. ■

Mehr Gerechtigkeit für Frauen in der Arbeitswelt

Die 90er Jahre zu einem Jahrzehnt des Durchbruchs in der Gleichberechtigungspolitik zu machen, ist eine große Chance aller politischen Verantwortlichen. Der Artikel 31 des Einigungsvertrages beauftragt den Gesetzgeber, „die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen“ weiterzuentwickeln und „die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten“.

Dies ist eine klare Aufforderung, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in ganz Deutschland voranzubringen. Die Frage, ob dies gelingt oder nicht, wird ein ganz wesentlicher Prüfstein dafür sein, wie wir die innere Einheit Deutschlands im Sinne von mehr Gerechtigkeit — und damit auch im Sinne von Erhalt des sozialen Friedens — gestalten. Die Soziale Marktwirtschaft muß gezielt zu mehr Gerechtigkeit für Frauen in der Arbeitswelt beitragen. Konkrete Antworten auf die gravierenden Arbeitsmarktprobleme von Frauen in den jungen Bundesländern sind in allen Politikbereichen und seitens der Tarifpartner gefordert. Unter diesem Gesichtspunkt ist besonders zu begrüßen, daß die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe „Zur Situation der erwerbstätigen Frau in den neuen Bundesländern eingesetzt hat“, die einen Bericht mit konkreten Maßnahmen vorlegen soll.

„Die strukturellen und wirtschaftlichen Veränderungen in den neuen Bundesländern dürfen nicht zu Lasten der Frauen

ausgetragen werden.“ Dies ist die grundsätzliche Forderung der Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, MdB. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden Mitglieder des Bundesfachausschusses aus den jungen Ländern angeschrieben und um Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Frauen gebeten.

Der Bundesfachausschuß Frauenpolitik hält folgende Maßnahmen für dringend erforderlich:

Auf Bundesebene

- Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes mit verbindlichen Zielvorgaben.
- Ergänzung des Artikel 3 GG, die den Staat verpflichtet, vorhandene Benachteiligungen von Frauen abzubauen und konkrete Maßnahmen zu erlassen, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu gewährleisten.

Forderungskatalog, den der Fachausschuß Frauenpolitik zur Anhörung „Frauen in den neuen Bundesländern“ am 9. Oktober vorgelegt hat

Die in das Arbeitsförderungsgesetz neu eingefügte Zielsetzung „... Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden“ muß umgesetzt werden. Im Rahmen einer akti-

Frauen in den neuen Bundesländern

Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft, Verwaltung und Politik diskutierten am 9. Oktober 1992 im Konrad-Adenauer-Haus über die Situation der Frauen in den neuen Bundesländern.

Zu der Anhörung hatte der Bundesfachausschuß Frauenpolitik der CDU eingeladen. Schwerpunkt der Anhörung unter der Moderation von Barbara Friedrichs vom ZDF waren die

Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Lösungsansätze und Perspektiven im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft sowie die aktuelle Kinderbetreuungssituation.

Zur Anhörung legte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, einen Forderungskatalog vor. Er zeigt dringenden Handlungsbedarf auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie bei den Tarifpartnern auf.

ven Arbeitsmarktpolitik muß darauf geachtet werden, daß Frauen bei Maßnahmen gleichrangig beteiligt werden, die die Voraussetzungen für qualifizierte Tätigkeiten darstellen (z. B. ABM, Fortbildung und Umschulung, Einarbeitungsschuß).

● Bei der anstehenden Novellierung des AFG muß speziell bei § 41a, der die Teilnahme von Arbeitslosen an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungsaussichten ermöglicht, eine Regelung getroffen werden, die Frauen bei der Rückkehr ins Erwerbsleben nach der Familienphase hilft.

● Qualifizierungsmaßnahmen müssen stärker als bisher die räumlichen, zeitlichen, familiären und persönlichen Möglichkeiten und Interessen der Frauen auf dem Lande berücksichtigen.

● Die Treuhandanstalt hat darauf zu achten, daß bei der Privatisierung von Unternehmen und der Übernahme von Belegschaftsmitgliedern nicht gegen Artikel 3 GG verstoßen wird.

● In der Berufsberatung ist darauf zu achten, daß über das gesamte Spektrum

der Berufe informiert wird. Alte Rollenzuweisungen für Mädchen und Frauen dürfen keinen Platz haben.

● Mädchen sollten verstärkt an zukunftsorientierte Berufe, z. B. in technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen, im Handwerk und im Umweltschutz, herangeführt werden sowie über Weiterbildungsmöglichkeiten und über die Wege in eine spätere Selbständigkeit informiert werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, Vorurteile abzubauen und Leitbilder aufzuzeigen.

● Ständige Beratungsangebote für Frauen, die sich selbständig machen wollen, insbesondere als Begleitung vor Ort durch Beratungszentren in unterschiedlicher Trägerschaft (z. B. durch Kammern, Wirtschaftsverbände, Unternehmerinnenverband) sind einzurichten.

● Seminare für Existenzgründerinnen müssen auf die besonderen Belange der Frauen zugeschnitten sein, d. h. sie müssen dem Informationsbedarf von Unternehmerinnen und den Strukturen von Betrieben von Frauen Rechnung tragen. Das gilt für die Vermittlung von Kennt-

nissen im kaufmännischen Bereich, Buchhaltung, betriebswirtschaftliches und steuerrechtliches Fachwissen. Das gilt auch für Kreditverhandlungen mit Banken, für den Abschluß von gewerblichen Mietverträgen oder die Einschätzung steuerlicher Belastungen.

● Für Frauen, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen wollen, müssen spezielle Kreditprogramme aufgelegt werden, die ihnen den Start in die Selbständigkeit erleichtern. Verstärkte Information über spezielle Kreditprogramme und deren Inanspruchnahme ist erforderlich.

● Die Lebens- und Berufserfahrung älterer Frauen muß genutzt werden durch Förderungs- und Qualifizierungskonzepte, die auf diese Frauen abgestimmt sind (z. B. im Bereich der Altenpflege, beim Aufbau sozialer Dienste, im Beratungsbereich).

● Die Finanzierung und Erhaltung von Frauenhäusern muß gewährleistet werden.

Auf Landesebene

● Landesgleichstellungsgesetze müssen verabschiedet und umgesetzt werden, um die Vorbildwirkung des öffentlichen Dienstes zu verstärken.

● Für Frauen im ländlichen Raum müssen besondere Förderkonzepte, z. B. in der Landschaftspflege, im Fremdenverkehr, in der häuslichen Pflege, entwickelt werden, die auf die Region zugeschnitten sind. Dabei ist auch die Erhöhung der Mobilität durch Anpassung des öffentlichen Personennahverkehrs ein wichtiges Ziel.

● Die regionale Wirtschaftsförderung sollte mit einer gezielten Mittelvergabe dazu beitragen, daß bei der Ansiedlung neuer und der Umgestaltung bestehender Betriebe ein größerer Anteil von höher-

qualifizierten Arbeitsplätzen für Frauen bereitgestellt werden.

● Festschreibung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten (ab 100.000 Einwohnern) in den Gemeindeordnungen.

● Landesgesetze zur Einrichtung und Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen und zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz.

● Beteiligung an der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Auf kommunaler Ebene

● Erhaltung und weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für flexible Modelle der Trägerschaft (Kommune, paritätische Wohlfahrtsverbände, Unternehmen, Elternschaft usw.).

● Sozialverträgliche Gestaltung der Elternbeiträge zur Versorgung der Kinder in Betreuungseinrichtungen.

● In einer konzertierten Aktion der Arbeitgeber, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung, der Kommunen und Kreise, der freien Träger und der Frauenbeauftragten auf lokaler Ebene sind Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen.

● Ortsnahe Beratungsstellen für Frauen müssen umfassend über alle Möglichkeiten der Qualifizierung, Umschulung und Fortbildung, über AB-Maßnahmen sowie über Voraussetzungen und Chancen von Existenzgründungen informieren.

● Bei Gewerbe- und Industrieansiedlung muß die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen Berücksichtigung finden.

Aufgabe der Tarifpartner

● Verwirklichung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

● Schaffung von qualifizierten, sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen.

Angela Merkel fordert attraktivere Angebote der Jugendarbeit

Zur Bekämpfung rechtsextremer Ausschreitungen gegen Ausländer und Asylbewerber hat sich Angela Merkel für attraktivere Angebote der Jugendarbeit eingesetzt.

Vor allem in Ostdeutschland müßten jungen Menschen neue Perspektiven geboten werden, sagte die Bundesjugendministerin nach einem Treffen mit rund 20 rechtsorientierten Jugendlichen in Weimar. „Wenn wir immer mehr schöne Straßen bauen, für Kinder und Jugendliche aber zu wenig tun, haben wir zum Schluß nichts erreicht“, erklärte sie.

Gleichzeitig forderte die Ministerin Politiker, Gewerkschaften und Kirchen auf, auch mit gewaltbereiten Jugendlichen im Gespräch zu bleiben. Jugendliche mit rechts- oder linksextremistischen Ansichten dürften von der Gesellschaft nicht abgeschrieben werden. Bereits in Schule und Elternhaus müsse Heranwachsenden ein toleranterer Umgang mit Ausländern und Minderheiten vermittelt werden.

Eine Verschärfung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalttaten lehnte Frau Merkel erneut ab. Das gesetzliche Instrumentarium reiche aus. Die bestehenden Gesetze müßten nur konsequenter umgesetzt werden.

70 Millionen Mark

Nach Angaben der Ministerin hat das Bundesministerium für Frauen und Jugend allein für jugendpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland in diesem Jahr rund 70 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Hinzu kämen noch einmal Mittel aus dem Bundesjugendplan, für den zur Entwicklung der Jugendarbeit in diesem und dem kommenden Jahr je 48 Millionen Mark vorgesehen seien.

Rund 70 Millionen Mark davon werden für ein Sonderprogramm gegen Aggression und Gewalt eingesetzt, das extremistischen, fremdenfeindlichen und gewalttätigen Ausschreitungen junger Menschen entgegenwirken soll.

- Zur Vereinbarung von Beruf und Familie — auch bei Pflege von Angehörigen — müssen flexible Arbeitszeitregelungen geschaffen werden.
- In Betrieben sind Frauenbeauftragte zu bestellen und Frauenförderpläne durchzuführen.
- Vereinbarungen über betriebliche Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung — auch während der Familienphase — und zum beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase sind anzustreben.

- Ein faires Auswahlverfahren bei unverzichtbaren Entlassungen und die Sicherstellung gleicher Chancen für Frauen bei der Privatisierung von Unternehmen und der Übernahme von Belegschaftsmitgliedern sind zu gewährleisten.

Politik für Frauen in den jungen Bundesländern erfordert die besondere politische Mitwirkung von Frauen. Dazu ist unverzichtbar, daß mehr Frauen Verantwortung in der Politik tragen. ■

10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz

Das gesetzte Ziel ist voll erreicht

Der Sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu der verabschiedeten 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG):

Aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern hat entscheidend dazu beigetragen, den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern sozial zu begleiten. Um weiterhin einen hohen Stand der Arbeits- und Bildungsförderung vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel zu halten, ist es erforderlich, die Beitragszahler zur Bundesanstalt für Arbeit von der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen zu entlasten, andererseits die begrenzten Finanzmittel zielgerichteter einzusetzen.

Konkret werden folgende Hauptziele mit der 10. AFG-Novelle erreicht:

- Ausgleich des Haushaltsdefizites der Bundesanstalt für Arbeit,
- Stabilisierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung — 6,3 Prozent,
- Weiterentwicklung und Konzentration des Instrumentariums der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Wesentliche Eckpunkte sind im einzelnen:

1. Erhebliche Entlastung der Beitragszahler zur Bundesanstalt für Arbeit durch Einschränkung der Eingliederungsleistungen für Aussiedler; grundsätzlich ist nur noch eine sechsmonatige Eingliederungshilfe für Aussiedler vorgesehen.
2. Effektivere und arbeitsmarktpolitisch sinnvollere berufliche Bildungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung

gewährleisten Konzentration auf tatsächlich Bedürftige. Mißbrauch bei Kursen gewinnorientierter Bildungsträger und sogenannter Maßnahmenkarrieren werden verhindert.

3. Die Reduzierung der geförderten Arbeitszeit auf 80 Prozent ermöglicht die Fortführung von Sonderregelungen für ABM in den neuen Ländern entsprechend der aktuellen Arbeitsmarktlage. Ein geringfügiger Rückgang um 30 000 bis 40 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird durch das Programm „Umwelt Ost“ zur Altlastsanierung überkompensiert.

4. Der Einsatz beruflicher Reha-Maßnahmen wird auf wegen der Behinderung notwendige Fälle beschränkt.

5. Die Förderung von Vorbereitungslehrgängen zum nächsträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses und von allgemeinbildenden Kursen sollen zukünftig die hierfür verantwortlichen Länder übernehmen.

6. Nachfolgeregelung zu § 128 sehen im einzelnen vor:

- Einführung einer Erstattungspflicht der Arbeitgeber,
- Anrechnungen von Abfindungen bei Arbeitsaufgabe,
- Verschärfung der Sperrzeiten.

Die CDU/CSU-Fraktion hat in Abänderung der im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Regelungen folgende Verbesserungen und praxisgerechtere Lösungen durchgesetzt:

- Kleinbetriebsregelung,
 - Mittelstandslösung und
 - Sonderregelung im Montan-Bereich.
- Kleinbetriebe (bis 20 Arbeitnehmer) sind

Novelle zum Bundessozialhilfegesetz

Für eine zukunftsweisende Reform

In seiner letzten Sitzung hat sich der Bundesausschuß Sozialpolitik der CDU mit der von der Bundesregierung geplanten Novelle zum Bundessozialhilfegesetz auseinandergesetzt. Hierzu erklärte der Vorsitzende Hermann-Josef Arentz MdL:

Der Bundesausschuß Sozialpolitik begrüßt den vom Bundesministerium für Familie und Senioren vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform des Bundessozialhilferechts. Er sollte nun zügig beraten und verabschiedet werden. Die Reform trägt dazu bei, daß sozialen Notlagen besser vorgebeugt und Betroffenen zielgenauer geholfen werden kann. Der Bundesausschuß vertritt die Auffassung, daß dies kostenneutral möglich ist, da sich Mehrausgaben und Einsparungen die Waage halten werden.

Der Bundesausschuß Sozialpolitik unterstützt daher insbesondere folgende Zielsetzungen des Gesetzentwurfes:

- Ausbau der Beratung, insbesondere die Übernahme der Kosten für Schuldnerberatung, wenn ohne diese Sozialhilfebedürftigkeit droht oder

nicht überwunden werden kann,

- Einführung eines eingeschränkten Anspruchs auf Leistungen zur Sicherung der Unterkunft,
- Einführung eines Anspruchs auf Übernahme der Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung,
- Hilfe zur Arbeit durch eine vom Sozialhilfeträger getragene Qualifizierungsmaßnahme,
- Übernahme der Beschaffungskosten von Wohnraum,
- Weiterentwicklung der Leistungen für Behinderte, die in Behindertenwerkstätten tätig sind.

Die Bemühung um eine kostenneutrale Gestaltung der BSHG-Reform — etwa durch Festsetzung einer Obergrenze bei der Addition von Zuschlägen zum Regelsatz und durch die Anhebung der Altersgrenze für den Alterszuschlag bei den Regelsätzen auf 65 Jahre sowie durch die Streichung der Auslandssozialhilfe — ist nach Auffassung des Bundesausschusses Sozialpolitik richtig. Insgesamt ist das Gesetzesvorhaben ausgewogen und als eine echte Hilfe für die Betroffenen anzusehen.

grundsätzlich von der Erstattungspflicht befreit.
 Betriebe (bis 40 Arbeitnehmer und bis 60 Arbeitnehmer) müssen anteilig Arbeitslosengeld erstatten.
 Mit pauschalierten Regelungen werden die überwiegenden Fälle größerer Entlas-

sungen, insbesondere mittelständischer Betriebe erfaßt und ohne Einzelnachweis geregelt werden können.

Für die Betriebe aus dem Montanbereich, insbesondere der Stahlindustrie, ist die Erstattungspflicht bis 1995 ausgenommen. ■

Ausreiseanträge sind oft nur eine Versicherung für die Zukunft

Zu den aktuellen Schwerpunkten der Aussiedlerpolitik erklärte Staatssekretär Horst Waffenschmidt:

1. Das Aussiedleraufnahmeverfahren, seit 1. Juli 1990 mit Antragstellung von dem heutigen Wohnort, hat sich bewährt. Die Länge des Verfahrens ergibt sich meistens aus den Schwierigkeiten, die notwendigen Urkunden für eine Anerkennung zu beschaffen. Die maßgeblichen Entscheidungen liegen nicht beim Bundesverwaltungsamt, sondern bei den 16 Ländern, die das Bundesvertriebenengesetz als eigene Angelegenheit ausführen. Ab sofort wird den Antragstellern mitgeteilt, welches Bundesland ihren Antrag bearbeitet und wann dorthin der Antrag vom Bundesverwaltungsamt übermittelt wurde.

2. 200.000 Deutsche in den Aussiedlungsgebieten haben bereits einen Aufnahmebescheid für Deutschland bekommen. Sie reisen gleichwohl nicht aus, weil sie die weitere Entwicklung in ihren heutigen Wohnorten, z. B. in der GUS und in Rumänien, abwarten wollen. Dies bedeutet auch: Wenn inzwischen rund 500.000 Ausreiseanträge gestellt worden sind, ist bei einer eventuellen Genehmigung nicht mit einer sofortigen Ausreise zu rechnen, sondern die Beteiligten wollen sich nur eine gewisse Sicherheit für die Zukunft verschaffen. Wie viele Deutsche ausreisen wollen, wird sich entscheidend danach orientieren, wie sich die Gesamtentwicklung in ihren heutigen Heimatländern künftig gestaltet.

3. Die deutschen Hilfen für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten werden künftig, soweit dies sachlich möglich

ist, mit den allgemeinen Hilfen für die Heimatländer der deutschen Minderheit kombiniert, um zusätzliche Effektivitäten zu erreichen. Bei allen Hilfen wird deutlich gemacht, daß sie auch den nichtdeutschen Nachbarn zugute kommen sollen, um Neidsituationen zu vermeiden.

4. In der GUS richtet sich der Einsatz der Bundesregierung nicht nur auf die Wiederherstellung der Wolgarepublik, die einen hohen Symbolwert für die Rußlanddeutschen hat. Zugleich gilt der Einsatz den kompakten Siedlungsgebieten

200 000 Deutsche aus den Aussiedlungsgebieten haben bereits einen Aufnahmebescheid für Deutschland. Sie reisen trotzdem nicht aus.

der Deutschen, z. B. im Altaigebiet und im Omskgebiet, wo erste deutsche Landkreise entstanden sind. Hinzu kommen die Angebote für die Rußlanddeutschen in der Südukraine, wo Präsident Krawtschuk 400.000 Rußlanddeutsche aufnehmen will in Gebieten, die bis 1941 von Rußlanddeutschen bewohnt waren.

5. Die Millionen Deutschen in Ost- und Südosteuropa können für uns in Deutschland eine wichtige Brückenfunktion in ihren heutigen Heimatländern wahrnehmen. Sie können auch entscheidende Hilfe leisten beim Aufbau freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in diesen Ländern. Dies ist ein bedeutender Beitrag für ganz Europa. Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch Län-

Dialog über Innere Sicherheit

Die europäische und globale Dimension der organisierten Kriminalität: Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft

Informationsforum vom
5. bis 6. November 1992
in Schloß Eichholz, Wesseling

Die gravierenden Wandlungsprozesse in Europa haben zu einer tiefgreifenden Veränderung der kriminalgeographischen Landschaft geführt.

Von einer Rand- in eine Mittelpunkt-lage gelangt, entwickelt sich die Bundesrepublik Deutschland zunehmend zu einer Drehscheibe der Organisierten Kriminalität. Experten befürchten deshalb für die nächsten Jahre einen stetigen Anstieg dieses Straftatenbereichs.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit ihrem Forum über aktuelle Entwicklungen informieren und einen

interdisziplinären Dialog zwischen Fachleuten aus dem Bereich der inneren Sicherheit ermöglichen.

Als Fachleute nehmen teil:

● **Dr. Gerhard Köhler**, Wiesbaden, Vizepräsident des Bundeskriminalamtes

● **Peter Walter**, Frankfurt/Main, Kriminaldirektor; Stellvertretender Leiter der Abteilung K im Polizeipräsidium Frankfurt

● **Dr. Werner Raith**, Borgo Hermada/Italien, Journalist

● **Dr. Günther Bögl**, Wien, Polizeipräsident

● **Hans Jürgen Fätkinhauer**, Berlin, Oberstaatsanwalt

Weitere Informationen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
5047 Wesseling
Tel.: (0 22 36) 7 07-2 34

der und Gemeinden, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen und soziale Verbände sind aufgerufen, weiterhin mit den Deutschen in den Aussiedlungsgebieten intensiven Kontakt zu halten und partnerschaftliche Hilfe zu leisten.

6. Im Jahre 1991 kamen 220.000 Aussiedler zu uns nach Deutschland. Im Jahre 1992 wird die Aussiedlerzahl ungefähr gleich hoch sein. In den Jahren 1989 und 1990 waren es jährlich rund 400.000 Aussiedler. Bund, Länder und Gemeinden und viele weitere Aktivitäten haben für die deutschen Aussiedler eine große Integrationsleistung ermöglicht. Wie alle

sachgerechten Untersuchungen beweisen, sind die deutschen Aussiedler aber auch ein Gewinn für unser Land, nicht nur als Wirtschaftsbürger, sondern auch mit ihren großen Familien, mit ihrer deutschen Kulturtradition und mit wichtigen religiösen Impulsen.

7. Die in den letzten Jahren geführte Aussiedlerpolitik der Bundesregierung ist stetig, berechenbar und sozial verträglich für alle Beteiligten. Sie darf nicht durch unnötige Diskussionen über Stichtage und Quoten beeinträchtigt werden. Solche Diskussionen führen nur zu Panikreaktionen in den Aussiedlungsgebieten. ■

Gewaltdarstellungen im Fernsehen sind fatale Vorbilder für Kinder

Kinder und Jugendliche werden immer mehr mit Gewalt und Aggression als scheinbarem Ausweg und Mittel zur Konfliktbewältigung konfrontiert und mit diesen vermeintlichen Lösungsstrategien alleingelassen.

In fast der Hälfte aller deutschen Fernsehprogramme (47,7 Prozent) werden Aggressionen und oder Bedrohungen in irgendeiner Form thematisiert. Das ist das Ergebnis einer Studie von Prof. Dr. Jo Groebel, der 750 Programmstunden einer deutschen Fernsehwoche untersucht hat. Gezeigt werden 481 Mordszenen wöchentlich oder rund 70 täglich. Die überwiegende Zahl der Aggressionen und Bedrohungen findet sich in fiktionalen Beiträgen (Spielfilmen, Serien). Bei rund einem Drittel aller aggressiven Sequenzen war ein unmittelbares Motiv nicht erkennbar.

Meist fehlt ein Begründungszusammenhang vollständig, d. h. die Aggression wurde als Stilmittel zum Selbstzweck erhoben. Bei mehr als 40 Prozent der Gewaltszenen wurde die Aggression bewußt zur Erreichung eigener materieller, ideologischer und vergleichbarer Interessen eingesetzt. Die größte Ballung körperlicher Gewalt läßt sich im Vorabendprogramm zwischen 18.00 und 20.00 Uhr feststellen, einer Zeit, zu der gleichzeitig die meisten Kinder vor dem Bildschirm sitzen.

Als jugendgefährdend indizierte Filme können laut Rundfunkstaatsvertrag zwischen 23.00 und 6.00 Uhr gesendet werden. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden in dieser Zeitspanne von den privaten Fernsehanstalten 132 Filme ausgestrahlt, deren Titel in die Liste der

jugendgefährdenden Schriften eingetragenen sind.

In der Regel werden die Filme auch ungeschnitten gesendet. Stichproben aus dem letzten und diesem Jahr belegen das. Die Studie belegt auch, daß zwischen 300.000 und 500.000 Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren noch nach 23.00 Uhr vor den Bildschirmen sitzen und die gesendeten Gewalt- und Sexfilme sehen. Hinzu kommt die Aufzeichnung der Gewalt- und Sexfilme über einen Videorecorder.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Kinder und Jugendliche heute immer

Von Bundesministerin Angela Merkel

mehr Medien konsumieren, die sich auf ihre geistige und seelische Entwicklung negativ auswirken können. So haben die Medienforscher festgestellt,

- daß Kinder, die sich in einer Konfliktsituation eher für aggressives Verhalten entscheiden, in der Regel nach dem Fernsehen sofort ins Bett gehen, ohne ein Gespräch mit den Eltern über das zuvor Gesehene geführt zu haben;
- daß die korrelativen Beziehungen zwischen dem Konsum gewalttätiger Fernsehsendungen und aggressivem Verhalten bei den Jugendlichen am schwächsten sind, deren Eltern nicht-aggressives Verhalten besonders betonen;
- daß intensiver Kontakt zwischen Eltern und Kindern damit verbunden ist, daß sich diese Kinder in hypothetischen Konfliktsituationen weniger für die Anwen-

von Gewalt entscheiden als Kinder mit schwachen Kontakten zu ihren Eltern.

Unbestritten ist, daß Gewaltdarstellungen — genauso wie bei anderen Fernsehhalten auch — kurzfristige emotionale Effekte zur Folge haben können. Eindeutig gesichert ist auch, daß durch den Konsum solcher Sendungen niemand friedlicher wird. Die Feldstudien zeigen, daß zwar schwache, aber eindeutige Zusammenhänge zwischen einem solchen Fernsehkonsum und der Aggressivität der Befragten bestehen. Es zeigt sich auch, daß die Befragten, die an sich schon aggressiv sind, auch aggressive Medieninhalte bevorzugen.

Wenn also von ihnen Gewaltdarstellungen konsumiert werden, erhöht sich dadurch die Wahrscheinlichkeit des aggressiven Verhaltens. Dies wiederum verstärkt die Motivation zum Konsum von Gewaltdarstellungen. Wir müssen also befürchten, daß in vielen Köpfen sich die Spirale zwischen der Motivation zu und dem Konsum von Gewalt immer höher schraubt. Natürlich kommt es dabei nicht nur auf den Inhalt, also die Gewaltdarstellungen an, sondern auch darauf an, wie die Gewalt dargestellt wird, in welchem Kontext, an welcher Stelle die Regie sie plaziert und welchen Inhalt bzw. welche Tendenz die Sendung hat. Eine Rolle spielt auch die Persönlichkeit des Zuschauers; Alter, Geschlecht, Intelligenz, soziale Integration, Interaktionsfähigkeit sind Einflußfaktoren, und nicht zuletzt kommt es darauf an, ob die Sendung allein konsumiert

wird oder ob sie zusammen mit Eltern, Freunden, Kollegen gesehen und ob darüber gesprochen wird oder nicht.

Vor allem für Kinder und Jugendliche hat das Fernsehen eine oft fatale Vorbildfunktion. Wie nach dem Fernseh Drehbuch vorgespielt, werden in Kindergärten, Schulklassen und auf Spielplätzen Gewalt und Aggression nachgespielt. Lehrer, Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen sprechen inzwischen schon vom sogenannten „Montagssyndrom“; immer zu Wochenbeginn sind die Kinder fahrig, laut und aggressiv.

Konzertierte Aktion

Was und wieviel Kinder fernsehen, liegt natürlich in erster Linie in der Verantwortung der Eltern. Trotzdem bin ich der Meinung, daß wir eine konzertierte Aktion für weniger Gewalt im Fernsehen brauchen. Dabei geht es nicht um Fernsehverbot oder um Zensur. Es geht um die gemeinsame Verantwortung von Eltern, Programmgestaltern und Politikern in Fernsehräten und Landesmedienanstalten.

Eltern müssen wissen, daß der Fernseher nicht als Ersatz für ein Kindermädchen taugt. Die Programmverantwortlichen sollten sich fragen, was sie zur Sendung freigeben und ob sie ausschließlich kommerzielle Interessen, wie eine möglichst hohe Sehbeteiligung, haben. Für uns Politiker stellt sich die Frage, ob wir in den Fernsehräten und Aufsichtsgremien dies oft genug zum Thema machen.

„Das Gutachten der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt stellt fest, daß Gewaltdarstellung in den Medien gerade bei Kindern und Jugendlichen zu Gewaltanwendungen ermutigt und diese als Mittel der Konfliktlösung propagiert. Die Gefahr, die von derartigen Sendungen ausgeht, darf also nicht verharmlost werden.“

Generalsekretär Peter Hintze

Angela Merkel macht den Anfang in einer neuen Kommentarreihe des RIAS

Am Beispiel der Städtebausanierung in Stralsund, von der vor allem mittelständische Baubetriebe profitieren, drückte Angela Merkel ihre Freude darüber aus, daß in der Stadt, die zu ihrem Wahlkreis neben Rügen und Grimmen gehört, sichtbar wird, wie das Geld für die deutsche Einheit ausgegeben wird.

So die Bundesministerin für Frauen und Jugend in einem Gastkommentar im Sender RIAS, mit dem sie am 14. Oktober als erste Sprecherin eine neue Kommentarreihe im Programm des Berliner Senders begann.

Um die eigentlichen Probleme in den ostdeutschen Ländern und beim Einigungsprozeß deutlich zu machen, hat RIAS Berlin den Bundestagsabgeordneten aus den neuen Ländern und aus Berlin ein Forum angeboten, das an die Tradition der einstigen RIAS-Sendung „Wo uns der Schuh drückt“ von 1949 anknüpft.

„Rundschau am Abend“ heißt die Sendung; die Sendezeit ist werktags 18.20 Uhr.

Die parlamentarischen Gastkommentatoren — aufgerufen sind die MdBs aller im Parlament vertretenen Parteien — sollen nach der Vorstellung des Senders die konkreten Schwierigkeiten und Erfolge der Politik in ihrem Wahlkreis und ihrem Arbeitsbereich darstellen und diskutieren. Sie sollen Sprachrohr der Bürger sein und gleichzeitig Lösungsmöglichkeiten für deren Probleme aufzeigen.

RIAS-Intendant Drück: „Sorgen und Hoffnungen im Fortgang der deutschen Einigung werden mit dem RIAS-Gastkommentar einer breiten Öffentlichkeit mitgeteilt. Unsere Aktion entspricht zutiefst der Programmtradition des RIAS und dem Integrationsauftrag des künftigen Berliner Programms im nationalen Hörfunk.“

CDU Thüringen diskutiert Verfassung

Auf drei Regionalkonferenzen wird die CDU Thüringen in den nächsten Wochen die geplante Landesverfassung mit den Mitgliedern der Landespartei diskutieren. Allen Thüringer CDU-Mitgliedern soll die Gelegenheit gegeben werden, ihre Vorschläge in die Debatte einzubringen.

Auf der Landesausschußsitzung am 28. November 1992 in Bad Langensalza wird die CDU Thüringen dann

ihre Beschlüsse zur Landesverfassung fassen, die Leitlinie für die weiteren Beratungen der CDU-Landtagsfraktion im Verfassungsausschuß des Landtages sein werden.

Die Regionalkonferenzen finden am 29. Oktober in Stadtroda, am 5. November in Suhl und am 13. November in Bad Tennstadt statt.

Weitere Informationen über die CDU Thüringen, Heinrich-Mann-Str. 22, O-5082 Erfurt, Tel.: (03 61) 3 16 52, Fax: (03 61) 3 14 19.

Ministerpräsident Erwin Teufel:

Wir sagen Ja zur Integration Europas

Ohne die europäische Einigung ist heute weder eine gute wirtschaftliche Entwicklung, Friedenssicherung noch die Bewahrung der Freiheit und eine rechtsstaatliche Entwicklung denkbar. Darum sagen wir Ja zur Integration Europas. Doch woher kommen die Vorbehalte der letzten Wochen und was können wir dagegen tun?

Erstens: Unsere Bürger hängen an der Stabilität der Deutschen Mark. Die Politik muß deshalb den Nachweis führen, daß die Voraussetzungen für die Stabilität einer europäischen Währung genauso streng sind wie für die Stabilität der Mark. Bundestag und Bundesrat müssen die Möglichkeit haben, noch einmal originär zu entscheiden, ob die Voraussetzungen für die Stabilität einer europäischen Währung gegeben sind.

Zweitens: Wir finden in der Europäischen Gemeinschaft eine Regelungsdichte, die bis in die letzten Einzelheiten des Alltags hineingeht. In die Verträge von Maastricht wurde das Subsidiaritätsprinzip hineingeschrieben, d. h. Europa muß vom Kopf auf die Füße gestellt, von unten nach oben aufgebaut werden. Alle bestehenden EG-Regelungen sind auf den Prüfstand zu heben. Ich plädiere sowohl für starke Gemeinden und Landkreise als auch für starke Regionen und Länder. Alles, was vor Ort besser, billiger und bürgernäher geregelt werden kann, muß an die kommunalen und regionalen Selbstverwaltungen zurückgegeben werden.

Drittens: Es darf nicht weniger Innere Sicherheit geben. Nach der Beseitigung der Binnengrenzkontrollen ist eine Ver-

brechensbekämpfung im europäischen Maßstab unabdingbar. Dafür muß eine europäische Polizei (EUROPOL) geschaffen werden.

Viertens: Die Menschen wollen die Identität mit ihrem Heimatland nicht aufgeben. Einen europäischen Bundesstaat kann ich deshalb erst dann befürworten, wenn Inhalte und Kompetenzen unter Wahrung nationaler und regionaler Identitäten klar geregelt sind. Der Erhalt dieser nationalen Identität muß sich jedoch klar von nationalistischen Tendenzen abgrenzen.

Fünftens: Immer weniger wird begriffen, daß der europäische Binnenmarkt

Aus der Rede des Ministerpräsidenten auf dem Europa-Kongreß der CDU Baden-Württemberg am 17. Oktober in Hügelsheim

gerade für unsere Wirtschaft eine außerordentliche Chance bedeutet. Deutschland zieht als exportstärkstes Land innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die meisten Vorteile aus dem Gemeinsamen Markt. Und das exportstärkste Bundesland Baden-Württemberg profitiert von dieser Chance und kann damit ein Drittel seiner Arbeitsplätze sichern.

Keine politische Frage ist in den letzten 40 Jahren so unbestritten gewesen wie die europäische Einigung. Die CDU hat auf diese Fragen die entscheidenden Antworten gegeben. Sie wird auch in Zukunft auf ihre Rolle als die führende Europapartei in Deutschland nicht verzichten. ■

Landesparteitag in Lauchhammer

Klare und deutliche Alternativen zur Politik der Landesregierung

Im Zeichen der Geschlossenheit und neuen Selbstvertrauens führte der Landesverband Brandenburg seinen vor allem programmatisch orientierten Landesparteitag in Lauchhammer am 17. Oktober durch.

In seinem politischen Bericht hob der Landesvorsitzende, Ulf Fink, den sachpolitischen Charakter des Parteitages hervor. Er befaßte sich schwerpunktmäßig mit den zwei umfassenden Leitanträgen des Landesvorstandes mit den zwei großen Fragen, „Wie wir Arbeitsplätze erhalten und schaffen können und wie wir dafür sorgen können, daß die Brandenburgerinnen und Brandenburger sich in ihrem Lande sicher fühlen können“.

Die CDU müsse sich jede erdenkliche Mühe geben, den Brandenburgern den schweren Weg von der Hoffnungslosigkeit des Sozialismus in eine wirklich freie und solidarische Gesellschaft zu erleichtern.

Fink mahnte sowohl bei den Menschen im Westen wie auch den Bürgern in Ostdeutschland den Willen und die Bereitschaft zu Veränderungen an, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bestehen. So müsse z. B. auch die Wirtschaft im Westen erkennen, daß Ostdeutschland nicht nur ein Absatzgebiet sein kann, sondern daß man bald im Osten Deutschlands nicht mehr Waren absetzen könne, wenn man nicht bereit wäre, hier auch zu investieren.

Im Osten hingegen müsse vor allem der ökonomische und soziale Wandel bewältigt werden. Dazu gehöre auch die Erkenntnis „daß wir nicht länger in einer

Diktatur leben, sondern in einer Demokratie“. Hierzu gehört nach Fink gerade auch eine Opposition, die klar und deutlich die Alternativen zur Politik der Landesregierung formuliere.

Unmißverständlich forderte Fink den sozialdemokratischen Regierungschef Stolpe auf, die Konsequenzen aus seinen Stasi-Verwicklungen zu ziehen. „Wenn in einem Land der erste Mann des Staates schwer beschuldigt ist und in demselben Staat Menschen schon bei sehr viel geringeren Beschuldigungen ihres Amtes ent-

**Die wichtigsten Aufgaben:
durchgehende Reform der Partei, Neuordnung der Kreise, Stabilisierung der Mitgliederzahlen**

hoben werden, dann hat die Opposition keinerlei Möglichkeiten, etwas anderes zu fordern als gleiches Recht für jeden“, faßte der Landesvorsitzende zusammen.

In seiner Rede wendete Ulf Fink sich vehement gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen der jüngsten Zeit. Er appellierte in diesem Zusammenhang an die Sozialdemokraten, sich nicht weiter einer Änderung des Asylrechtes zu verschließen. Nur wenn das Asylrecht auf seinen wahren politischen Kern zurückgeführt werde, könne verhindert werden, daß eine Sturzflut von rechtsradikalen Ideen über Deutschland niedergeht.

Zur Lage der CDU in Brandenburg erklärte der Vorsitzende, daß trotz einiger

Landesverband Bremen

Herbst-Aktion als Besuchermagnet

„Deutschland — Chancen und Perspektiven“ lautete das Motto der CDU-Herbstaktion im Zwei-Städte-Staat. Das Gespräch mit den Bürgern suchten dabei Bernd Neumann (CDU-Landeschef und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium), Ulrich Nölle (Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft und CDU-Spitzenkandidat im Wahlkampf 1991) sowie CDU-Fraktionschef Peter Kudella. Mit diesen diskutierten Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport.

Im Mittelpunkt standen zwölf „Talk-Shows“. Hinzu kamen Marktplatze-feste, Feiern am „Tag der Deutschen Einheit“ sowie Canvassing- und Flugblattaktionen. Knapp 5.000 Besucher kamen zu diesen Veranstaltungen. Die CDU-Herbstaktion lief über sechs Wochen.

Die Gesprächsrunden in Bremen und Bremerhaven entpuppten sich als Besuchermagneten. Themenschwerpunkt war die neue Rolle Deutschlands in der Weltpolitik. Der Bereich „Europa“ interessierte besonders.

Informationsbedürfnisse bei den Bürgern — gerade mit Blick auf den anstehenden EG-Binnenmarkt sowie die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht — wurden befriedigt.

Zufrieden zeigte sich Landeschef Bernd Neumann mit den Aktionswochen in der Freien Hansestadt Bremen: „Gerade in schwierigen Zeiten muß man Farbe bekennen. Wir waren die einzige Partei, die sich dem Bürger zum offenen Gespräch gestellt hat. Die anderen Parteien in Bremen sind dazu überhaupt nicht in der Lage und ausschließlich mit sich selbst beschäftigt.“

erlittener Rückschläge in den letzten Monaten manches auf den Weg gebracht werden konnte. So sei die Parteiorganisation besser geworden, die Kommunikation durch eine neue Mitgliederzeitung habe begonnen, und durch die Unterstützung der Bundespartei konnte ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Außerdem seien mit den Leitanträgen für den Parteitag wichtige Beschlüsse vorbereitet worden. Zu den Dingen, die jetzt in Angriff genommen werden müßten, zählen die durchgehende Reform der Partei, die Neuordnung der Kreise, die Stabilisierung der Mitgliedszahlen sowie die Ausarbeitung weiterer programmatischer Vorstellungen.

Insgesamt kamen die Parteitagsdelegierten in ihrer großen Mehrheit der Aufforderung Finks nach und debattierten engagiert über die besten programmatischen Aussagen der Partei. Nach einer intensiven Diskussion, die sich durch eine Fülle von praxisnahen Vorschlägen und Ergänzungen auszeichnete, wurden die beiden Leitanträge des CDU-Landesvorstandes zur Sozialen Marktwirtschaft und zur inneren Sicherheit verabschiedet.

Der Landesparteitag zeigte, daß die CDU die einzige politische Kraft in Brandenburg ist, die den wirtschaftlichen Aufschwung und die innere Sicherheit langfristig garantieren kann. ■

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Elektronikschrott als ökologische Zeitbombe

Die Entsorgung von Elektronikschrott fand bislang kaum in der Öffentlichkeit Beachtung. Doch die vielfältigen Schadstoffe in Computern und Geräten der Unterhaltungselektronik können im normalen Hausmüll erhebliche Umweltgefahren verursachen.

Dies hat die Junge Union Mainz zum Anlaß genommen, in einer Informationskampagne die Mainzer Öffentlichkeit über diese Gefährdung aufzuklären. Die JU hat damit ein politisches Thema besetzt, das den meisten Umweltschützern bisher verborgen blieb. Darüber hinaus ist es als vorbereitende Information zur kommenden Elektronikschrottverordnung geeignet gewesen.

Wie sah die Aktion im einzelnen aus?

In der Mainzer Innenstadt wurde am langen Donnerstag in der belebten Fußgängerzone ein Informationstisch aufgebaut, auf dem mehrere demontierte Rechner ausgestellt waren. An diesen Rechnern wurde mit großen Hinweisschildern dargestellt, wo welche Gefahrstoffe verborgen sind, um so die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu erregen.

Darüber hinaus wurden Merkblätter verteilt, in denen darüber informiert wurde, welche Stoffe im einzelnen in den Elektronik-Geräten verborgen sind, welche Umweltgefahren daraus entstehen, wer in der Umgebung für ein fachgerechtes Entsorgen zur Verfügung steht (diese Informationen erhielten wir von der örtlichen IHK) und durch welche Maßnahmen in

der Produktion der Geräte eine Gefahrenabwehr möglich ist.

Parallel zu diesem Infostand hat der JU-Vertreter im Mainzer Stadtrat die Initiative ergriffen und fordert die Aufnahme von Hinweisen über die korrekte Entsorgung

Stadtrats-Initiative

von Elektronikschrott in den von der Stadt Mainz jährlich an alle Haushalte verteilten „Entsorgungsplaner“.

Überdies traten wir in Kontakt mit der örtlichen Wirtschaft (ehem. Mainzer Par-

Eine ökologische Zeitbombe

Junge Union informierte über Entsorgung von Personal-

MANZ. ECK. Eine Lücke im Entsorgungsplan der Stadt will die Junge Union demnächst schließen. In der Lotharpassage hatte sie einen Infostand aufgestellt, der den Dienst in Heim oder Büro be- hat. „Ausrangierte PCs ticken eine ökologische Zeitbombe“, te der JU-Kreisvorsitzende us Klib. Kaum jemand denke n, die zu verschrottende Elek- zür sachgerechten Entsor- zbringen.

nisteten gerade in der Pla- lie, auf Festplatte und ande- sellen des Gerätes ökologi- fahren. Vor allem Schwer- we Quicksilber, Blei und werden im Innern des Com- verstaub. Brom, das im In- des Computers Schutz gem- garantieren soll, sei leicht brennbaren Teilen

der PC in den normalen geworfen, lösten sich die hwermetalle während der z heraus und sickerten ins Grundwasser oder in die Luft.

llen, daß der PC in die- schne „Entsorgungspla- d Mainz aufgenommen irt Klib die Aktion. Die- ten am Stand der Jun- ch darüber informiert, alten Geräte abgeben



Computer gehören nicht in den normalen Hausmüll. Junge Union in der Fußgängerzone aufmerksam.

können. „Die IBM nimmt beispiels- weise ihre eigenen Geräte bei einem Neukauf wieder zurück.“ Sie hat für ihre eigenen Geräte auch schon ein Recyclingssystem, bei dem ihre alten Teile „wieder“ verwendet werden.“

„Unter anderem gibt es noch die Jahrbuch- schaft und die Pflanz- schaft in Elveto.“

zerwerke), die infolge der Konversion der Rüstungsbetriebe auf zivile Recycling-Verfahren umsteigen will.

Die Aktion hatte ein hervorragendes Presseecho. Sie soll bei Gelegenheit vor den Läden der großen Computer-Filial- sten wiederholt werden.

JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

WIR SIND DAS JUNGE
EUROPA

WIR SIND DAS JUNGE
EUROPA



Die Junge Union hat zehn Wochen vor der Realisierung des Europäischen Binnenmarktes eine Informationskampagne „Europa 92“ gestartet. Als äußeres Zeichen dieser Kampagne dient das abgebildete frische und freche JU-Logo „Wir sind das junge Europa“.

Neu im Angebot



● **Europa-Pin**
Anstecknadel mit Europa-Signet

Bestell-Nr.: 9524

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je 25 Stück: 27,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

**Praktikum für neu eingestellte
Kreisgeschäftsführer/-innen**

Mit dem Beschluß des zweiten Parteitages in Dresden (Beschluß C 48) wurde die CDU-Bundesgeschäftsstelle aufgefordert, Fort- und Weiterbildungsprogramme für Kreisgeschäftsführer/-innen auszuarbeiten.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 9. bis 13. November 1992 ein Praktikum für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer/-innen an, zu dem sich bereits 12 Personen angemeldet haben. Sie werden bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit umfassende Informationen über die CDU-Bundesge-

schäftsstelle, die Bundestagsfraktion und die Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten.

Weiterhin findet Ende November ein Seminar für Kreisgeschäftsführer/-innen statt. Der inhaltliche Schwerpunkt dieses Seminars liegt in den Führungs- und Arbeitstechniken. Umfassende Informationen erfolgen zu Arbeits- und Vertragspflichten sowie Arbeitsplatzorganisation und Zeitmanagement. Ein Ausblick auf die moderne EDV-Kommunikationstechnik ist vorgesehen.

Für beide Teile erfolgten die Anmeldungen über die Landesverbände.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Mit dieser großen Universaltasche ...

... können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschlußtasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

● Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Einheit: 40,— DM

zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive Versand.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28 · 4804 Vermold

Fax: (05423) 415 21



UID

32/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjje, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis:** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.